

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 3,90 M., monatlich 1,30 M.,  
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,  
 vorauszahlbar. Einzelne Heftnummern  
 5 Pf. Sonntagsnummern  
 mit illustrierter Beilage „Die Neue  
 Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich  
 1,50 M., unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2,50 M., für das übrige Ausland 4 M.,  
 monatlich. Postbestellungen nehmen  
 an Danemark, Holland, Luxemburg,  
 Schweden u. die Schweiz. Einzelnagen  
 in die Post-Vertriebs-Preisliste.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 beträgt f. die stehengehaltene Kolonelle  
 60 Pf. „Kleine Anzeigen“,  
 das ist gedruckt 20 Pf. (zu-  
 lässig 2 fettegedruckte Worte), jedes  
 weitere Wort 10 Pf. Stellengrüße  
 und Geschäftsanzeigen das erste  
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.  
 Worte über 16 Buchstaben zählen für  
 zwei Worte. Teuerungszulage 20%.  
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,  
 politische u. gewerkschaftliche Betriebs-  
 Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,  
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-  
 gegeben werden. Gedruckt von 3 Uhr  
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Sonntag, den 30. September 1917. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Troelstra und Adler über den Frieden.

**Wechselnde Artillerietätigkeit in Flandern**  
 — Die Engländer bei Passchendaele zu-  
 rückgeworfen — Verstärkter Feuerkampf  
 bei Verdun — Erneuter Fliegerangriff  
 auf London — Kämpfe im Donaudelta.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 29. September  
 1917. (W. I. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Küste und zwischen Houthouster Wald  
 und Yps wechselte die Kampftätigkeit der Artillerien in ihrer  
 Stärke. Festigem Trommelfeuer in den Abendstunden istlich von  
 Ypern folgten nur bei Sonnebele englische Teilangriffe; sie  
 wurden abgewiesen.

Am Weg Ypern-Passchendaele wurde der Feind aus der  
 Trichterlinie, die er dort noch hielt, geworfen.

Im Ueberschwemmungsgebiet der Yser brachten unsere Er-  
 lunder von Zusammenstoßen mit Belgiern Gefangene zurück.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Soissons und vor Verdun verstärkte sich der  
 Feuerkampf zeitweilig beträchtlich; er blieb an der Maas auch  
 nachts lebhaft. Mehrere Vorfeldgefechte, die unsere Sturmtruppen  
 in die französischen Stellungen führten, hatten vollen Erfolg.

#### Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Bei Briel im Sundgau blieben bei einem französischen Vor-  
 stoß einige Gefangene in unserer Hand.

London und andere Orte an der englischen Südküste wurden  
 von unseren Fliegern mit Bomben angegriffen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Front Prinz Leopold.

Die meist geringe Gefechtsstärke steigerte sich nur vorüber-  
 gehend bei Erkundungsunternehmen nördlich der Düna, westlich  
 von Luck und am Ibrucz.

#### Heeresgruppe Radzenko.

Russische Abteilungen, die in Köhnen über den Sereth und  
 den St. Georgs-Arm der Donau gesetzt waren, wurden durch  
 schnellen Gegenstoß vertrieben.

#### Mazedonische Front.

Keine größeren Gefechtskämpfe.

Der Erste Generalquartiermeister.  
 Lubendorff.

### Abendbericht.

Berlin, 29. September 1917, abends. Amtlich.  
 Bisher sind größere Kampfhandlungen von keiner  
 Front gemeldet.

### Der österreichische Bericht.

Wien, den 29. September 1917. (W. I. B.) Amtlich  
 wird verlautbart:

#### Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Unverändert.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Nordhang des Monte San Gabriele lebte die Feuer-  
 tätigkeit beträchtlich auf. Am Chiasso in den Jubbicarien wurden  
 angreifende Italiener durch unsere Sicherungstruppen zurück-  
 geworfen.

#### Der Chef des Generalstabes.

#### Ereignisse zur See.

In Erwiderung eines Angriffs, den ein feindliches Luftschiff  
 am 18. September abends gegen Luffin Piccolo unternommen  
 hatte, ohne auch nur den geringsten Schaden anzurichten, suchte  
 am 27. abends eine Abteilung unserer Seejagtzuge die Luftschiff-  
 anlage von Jesi bei Ancona auf, die schon im September 1916  
 mit einem in der Halle vertäuten Luftschiff durch unsere See-  
 flieger zerstört, vom Gegner aber wieder in Betrieb gesetzt worden  
 ist. Auch diesmal war unseren Seejägern ein voller Erfolg be-  
 schieden. Die Luftschiffhalle wurde getroffen. Das in der Halle  
 befindliche Luftschiff explodierte mit 150 Meter hoher Stich-  
 flamme. Die Explosion wurde von den anderen Flugzeugen bis  
 auf 20 Seemeilen Entfernung wahrgenommen. Alle unsere Flug-  
 zeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt. Einem zur gleichen Zeit  
 von einigen feindlichen Flugzeugen unternommenen Angriff auf  
 die Umgebung von Pola und auf Parenzo blieb jedweder Erfolg  
 verfehlt. Am 28. vormittags belegten feindliche Flugzeuge in der  
 Süd-Adria eines unserer Seehospitalsschiffe, das mit allen vorge-  
 schriebenen Kennzeichen als solches versehen war, wirkungslos  
 mit Bomben. Blotzenkommando.

## Die deutsche Antwortnote und der Frieden.

Von F. J. Troelstra.

Vorbemerkung der Redaktion: Die folgenden Aus-  
 führungen, die das Mitglied des holländisch-standinavischen  
 Komitees Gen. Troelstra vor einigen Tagen unserem Stockholmer  
 Mitarbeiter gegenüber gemacht hat, lesen sich so, als ob sie  
 in der vorgestrigen Sitzung des Hauptaus-  
 schusses als Rede gehalten worden wäre. Sie sind in  
 hohem Grade geeignet, den Glauben an die Nichtigkeit der  
 „diplomatischen Technik“ zu erschüttern, als deren Jünger sich  
 Herr Dr. Michaelis bekannt hat.

Wenn ich mich darüber aussprechen soll, was in der  
 deutschen Antwortnote an den Papst gesagt wird, so kann  
 ich nur erklären, daß diese Note auf mich einen günstigen  
 Eindruck gemacht hat. Wenn sie mich dennoch unbefriedigt  
 läßt, so um dessentwillen, was sie nicht enthält.

Um mit dem ersten anzufangen: Das Meistbedeutende in  
 der Note des Papstes ist meines Erachtens, daß darin die  
 Abrüstungsfrage in Verbindung mit der Einführung der  
 Schiedsgerichtsbarkeit und mit dem freien Verkehr, der Frei-  
 heit der Meere in den Vordergrund gestellt wird. Je mehr  
 man sich mit der Frage eines dauernden Friedens beschäftigt,  
 desto mehr kommt man zum Schluß, daß diese allgemeinen  
 Forderungen nicht nur als Wünsche für die Zukunft betrachtet  
 werden sollen, sondern erstens für die Dauerhaftigkeit des  
 Friedens von Bedeutung sind und zweitens auch von größtem  
 praktischen Wert für die Lösung der meisten aktuellen Fragen  
 sein werden, z. B. der Frage Belgiens, Elzas-Lothringens,  
 Trentino. Alle Kriegführenden verlangen Garantien für  
 die Zukunft. Diese Garantien sollen entweder durch  
 die sofortige Vereinbarung der Mächte auf gewisse  
 Formeln des internationalen Rechts und der internationalen  
 Organisation gegeben oder sie müssen gefunden werden in  
 militärischen Befestigungen, Abtretung von Territorien oder  
 Vereinträchtigung der Freiheit des einen oder anderen Staates  
 in der Behandlung seiner inneren und auswärtigen Ange-  
 legenheiten. Letzteres aber würde den Keim neuer Kriege  
 einschließen. Das Befriedigende also in der deutschen An-  
 wort ist, daß sie sich im allgemeinen dieser Auffassung an-  
 schließt. Es ist in. E. sehr richtig und geschickt, daß in der  
 Antwort angeführt wird, Deutschland sei durch seine geo-  
 graphische Lage und durch seine wirtschaftlichen Bedürfnisse  
 auf ein friedliches Verhältnis zu seinen Nachbarn angewiesen  
 und es gebe kein Volk, das mehr Anlaß habe, friedliche  
 Mittel zur Verwirklichung seiner Ideen an Stelle der mili-  
 tärischen anzustreben als Deutschland. Ob ich es eine Ironie  
 der Geschichte nennen muß, weiß ich nicht — diese vollzieht  
 sich eben in Gegenfäden. Aber es scheint mir nicht zweifel-  
 haft, daß Deutschland durch den Verlauf der Geschichte  
 zum Träger des Abrüstungs- und des Frei-  
 handelsgedankens bestimmt ist. Diesen Eindruck  
 habe ich bei meiner Teilnahme an den Friedens-  
 vorbereitungen in Stockholm in immer stärkerer Maße er-  
 halten. Die deutsche und päpstliche Auffassung vom Vorrang  
 der Abrüstungsfrage wird auch von unserem Komitee geteilt  
 und der Artikel von Edgard Milhaud, der vom „Vorwärts“  
 übersetzt worden ist, wie auch der Artikel De Stroë's, das  
 Memorandum der französischen sozialistischen Partei und das  
 Memorandum der englischen Delegierten sehen alle auf dem-  
 selben Standpunkt. Diese Einstimmigkeit eröffnet gute Aus-  
 sichten auf die Zukunft.

Im übrigen ist es meines Erachtens sehr bedauerlich, daß  
 die deutsche Regierung in dieser Antwort noch immer die Ver-  
 tuschungspolitik Bethmann Hollweg's in bezug auf  
 ihre wirklichen Kriegsziele anwendet. In der päpstlichen Note  
 wird die vollständige Unabhängigkeit Belgiens, die Räumung  
 der besetzten Gebiete und eine veröhnliche Behandlung der  
 Trentino- und der elzas-lothringischen Frage vorgeschlagen.  
 Hierüber läßt sich die Antwort mit keinem Wort aus. Es  
 wird darin nur auf die Friedensresolution  
 des Reichstages hingewiesen, die sich aber eben-  
 falls über diese Fragen nicht ausgesprochen hat.  
 Es ist wohl im besonderen zu bedauern, daß die  
 deutsche Regierung diese Gelegenheit nicht wahrgenommen  
 hat, sich über Belgien bestimmt und klar aus-  
 zusprechen. Die Rede Asquith's ließ, wie ich glaube,  
 deutlich erkennen, daß die englische Regierung die Hoffnung  
 hegte, die Lösung dieser Frage als eine Brücke zu den Friedens-  
 verhandlungen zu gebrauchen. Von verschiedenen Seiten sind  
 Anregungen in diesem Sinn gegeben worden. Von meinem  
 Besuch in Berlin im Oktober 1914 ist mir die Erinnerung ge-  
 blieben, daß die deutsche Regierung in den Zeiten der hoch-  
 gemuteten Siegeshoffnungen beabsichtigte, Belgien und  
 Frankreich so unter ihren Druck zu bekommen, daß sie

genötigt sein würden, sich einer deutschen Zoll-  
 union anzuschließen. Für mich als Holländer hatte  
 dies noch keine besondere Bedeutung, weil dadurch auch die  
 handelspolitische Bewegungsfreiheit Hollands vermindert wäre.  
 Es ist von größter Wichtigkeit, daß über das Aufgeben dieser  
 Pläne gar kein Zweifel mehr möglich sei, und ich verstehe  
 nicht, wenn man wirklich ehrlich Belgien seine Unabhängig-  
 keit zurückgeben will, weshalb man es nicht in der Antwort  
 an den Papst gerade heraus erklärt hat. Mit dem „Vor-  
 wärts“ bin ich ganz einverstanden, daß daraus gar kein  
 Schaden für Deutschland entstehen könnte und daß  
 fatale dieser Taktik ist, daß der Eindruck geweckt wird,  
 Deutschland hege in dieser Hinsicht noch unamerikanische  
 Hintergedanken. Wenn es in der bevorstehenden Reichstags-  
 sitzung gelingen sollte, hierüber völlige Klarheit zu schaffen,  
 so wäre dadurch ein großer, vielleicht entscheidender Schritt  
 in dieser Richtung der Friedensverhandlungen gegeben.

Was diese Verhandlungen selbst angeht, so ist nicht an-  
 zunehmen, daß ihr Abschluß abhängig gemacht wird von der  
 Ausarbeitung aller der wichtigen internationalen Fragen, die  
 mit der Abrüstung zusammenhängen. Dem eigentlichen  
 Friedenstraktat werden die Vereinbarungen über die inter-  
 nationalen Garantien auf dem großen Friedenskongress folgen  
 müssen. Wenn also die Behandlung der Abrüstungs- und  
 Schiedsgerichtsfrage in der päpstlichen Note und in der deutschen  
 Antwort für die direkten Friedensverhandlungen eine praktische  
 Bedeutung haben soll, wird es kaum ein anderes sein können,  
 als daß sich die Mächte in diesem Traktat feierlich für die  
 Verantwortlichkeit jener internationalen Forderungen erklären  
 und sich gegenseitig versprechen, an ihrer Ausarbeitung inner-  
 halb einer bestimmten Frist teilzunehmen. Wenn einmal  
 diese Erklärung abgegeben ist, wird es die Aufgabe der  
 Völker, im besonderen der sozialistischen Arbeiterklasse und  
 der Demokratie sein, die Erfüllung dieses Versprechens zu  
 überwachen und wenn nötig zu beschleunigen.

### Internationale Rote-Kreuz-Konferenz.

Kopenhagen, 29. September. Laut „Politiken“ wird in  
 der nächsten Woche eine Internationale Rote-Kreuz-Konferenz ab-  
 gehalten werden. Sie wird sich mit dem Austausch von Kriegs-  
 gefangenen und den Zuständen in den Kriegsgefangenenlagern so-  
 wie anderen Fragen beschäftigen. Die feierliche Eröffnung der  
 Konferenz erfolgt am kommenden Donnerstag unter dem Vorsitz  
 des Prinzen Waldemar von Dänemark.

### Viktor Adler über den Frieden.

Rede im österreichischen Parlament.

Im österreichischen Abgeordnetenhause hielt am 26. Sep-  
 tember Genosse Dr. Viktor Adler eine Rede, die er mit  
 folgenden Ausführungen schloß:

Der Ruf zum Frieden ist überall vernnehmbar, auch bei unseren  
 Gegnern im Kriege. Die Sozialdemokraten leiden unter  
 der physischen Schwierigkeit, sich zu verständigen, ferner unter der  
 der physischen Schwere der Leidenslast der Massen,  
 die leiden aber vor allem unter den Schlagworten, die hinausgegeben  
 und als Friedensbedingungen in die Welt hinausgerufen werden.  
 Eines jedoch ist sicher und das hat sich immer mehr durchgerungen:  
 die Völker und auch unser Volk wollen nicht umsonst ge-  
 biete haben, das heißt die Völker wollen austreten mit der  
 Wurzel, was diesen Krieg herbeigeführt hat. (Lebhafter Beifall bei  
 den Sozialdemokraten.) Darum kann die Voraussetzung eines  
 Friedens nur sein der feste Entschluß der Staatsmänner und  
 Völker, ein neues Völkerrecht zu schaffen. Es ist eine wahre Genug-  
 tunung und eine große Hoffnung für uns, daß beinahe mit denselben  
 Worten, mit denen sich vor fünfzig Jahren Karl Marx an die  
 Internationale gewendet hat, um die Linien zu kennzeichnen, die  
 für ein Zusammenleben der Völker möglich wären, der Papst in  
 seiner letzten Kundgebung das Ziel ausgesprochen hat, daß nämlich  
 die großen Prinzipien der Gerechtigkeit, der  
 Liebe und der Moral, die im Privatleben im Verhältnis  
 der einzelnen zueinander maßgebend sind, auch maßgebend werden  
 im Verhältnis der Staaten zueinander.

Die Voraussetzung des Friedens und von Friedensverhandlungen  
 ist, daß dieses Ziel vorerst im Auge behalten wird. Man wird  
 leichter einander näherkommen können, wenn man früher festgesetzt  
 hat, am Ende soll nicht sein eine Abperrung und gegenseitige Ver-  
 drohung, sondern ein verträgliches Zusammenleben zu  
 gemeinsamer Kulturarbeit aller Völker. Darüber  
 läßt sich auch unsicher eine Einigkeit erzielen. Schwerer ist es  
 natürlich mit den Einzelheiten. So sehr wir nun anerkennen, was  
 vom deutschen Reichskanzler und vom Grafen Czernin zum Lobe  
 des Friedens und an Wünschen des Friedens gesagt wurde — es  
 genügt nicht. Wir leben in einer Zeit, wo man

deutlich und klar sprechen muß.

Genie reden die Staatsmänner zur Welt und sie sollten in solchen  
 Worten reden, die man im Ausland nicht verschweigen.

# Militärfragen und Familienunterstützung.

Der Hauptausschuss des Reichstags befachte sich in seiner Sitzung am Sonnabend mit den Anträgen, die zu den Militärfragen und zur Unterstützung der Kriegerfamilien vorlagen.

## Urlaub und strenger Arrest.

Abg. Stücken (Soz.) begründet zunächst folgende Anträge:  
I. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit aller Beschleunigung die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienst herbeizuführen zu wollen.

II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, wonach im Falle, daß Vater und Söhne gleichzeitig an der Front stehen, der Vater auf sein Verlangen aus der Feuerlinie zurückgezogen wird.

III. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß den Mannschaften und Unteroffizieren zunächst für die Dauer des Krieges ein Recht auf Urlaub eingeräumt wird.

IV. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß die Strafe des strengen Arrestes entweder ganz beseitigt wird oder daß die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches dahin geändert werden, daß in allen Fällen, die mit strengem Arrest bedroht werden, auch die Verhängung einer milderen Strafe zugelassen wird.

Abg. Stücken wies darauf hin, daß in der Zurückbehaltung der alten Jahrgänge, die in Bayern schon entlassen seien, eine große Härte liege. Auf die Schlagfertigkeit des Heeres habe die Entlassung dieser alten Leute sicher keinen Einfluß. Teilweise würden sie gar nicht im Kriegsdienst, sondern wie beim Garnisonregiment Berlin mit Arbeiten beschäftigt, die auszuführen, Sache des Hilfsdienstes sei. Die Zurücknahme der Väter, deren Söhne auch im Felde stehen, müßte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Die Klagen über die Art der Urlauberteilung reichen nicht ab, eine Ordnung kann in diesem Zustand nur gebracht werden, wenn den Soldaten ein Recht auf Urlaub eingeräumt wird. Der Wunsch der in vorderster Linie kämpfenden Truppen, öfter abgelöst und ausgetauscht zu werden, sei durchaus berechtigt. Der strenge Arrest sei ein Stück Barbarei, das in die heutigen Verhältnisse nicht mehr passe. Auf demselben aber sollten die Verichte nicht gezwungen sein, nur auf strengen Arrest erkennen zu müssen, vielmehr wohlweise auch eine andere Strafe aussprechen können.

Oberst v. Wrisberg hielt die Anträge für nicht ausführbar. Die alten Jahrgänge zu entlassen, sei nicht möglich. Auf die Zurückziehung der Väter hinderlicher Familien sei man schon jetzt bedacht, wie auch ein Austausch der alten gegen jüngere Leute bereits im Gange sei. Ein Recht auf Urlaub könne nicht gegeben werden, aber dem Bedürfnis nach Urlaub soll so weit als möglich Rechnung getragen werden.

Kriegsminister v. Stein gab zu, daß auch ihm viele Klagen zugehen. Den Prozeß der Urlauberteilung bestimme die Oberste Heeresleitung. Der Umstand, daß ein Mann mit Arrest bestraft wurde, dürfe nicht zum Anlaß genommen werden, ihm den Urlaub zu verweigern. Die Urlauberteilung selber sei allerdings sehr schwierig. Der strenge Arrest sei nicht ganz zu entbehren, aber er soll möglichst wenig angewendet werden. Der Antrag, in den Fällen, in denen strenger Arrest vorgeschrieben sei, auch eine mildere Strafe eintreten zu lassen, werde die Heeresverwaltung näher betrachten.

Abg. Stücken: Die Ungleichheiten in der Erteilung von Urlaub falle den Kompanieführern zur Last, die es nicht verstehen, sich die Sache einzuteilen. Bei einzelnen Truppenteilen fahren die Mannschaften alle 6 Monate in Urlaub, bei anderen Truppenteilen seien Leute, die seit 18 Monaten auf Urlaub warten. Dieses Durcheinander ist nur zu beseitigen, wenn ein Recht auf Urlaub geschaffen werde.

In der weiteren sehr lebhaften Diskussion erkannten die Vertreter aller Parteien, teils mit Einschränkungen, die Berechtigung der Anträge an. Der bayerische Militärbevollmächtigte stellte fest, daß in Bayern die Jahrgänge 1869 und 1870 nicht entlassen, sondern von der Front zurückgezogen und in weitgehendem Umfang beurlaubt worden sind. — Oberst v. Wrisberg teilte mit, daß die Zurückziehung der älteren Leute von der Front jetzt ganz energisch betrieben werde. — Abg. Dr. Cohn begründet die auch von Stücken bereits gestellte und nun in einen Antrag umgewandelte Forderung, dem Reichstag eine Statistik über die Tätigkeit der Justiz bei Meer und Marine vorzulegen. —

Bei der Abstimmung wurde dieser Antrag abgelehnt. Der Antrag auf Entlassung der älteren Jahrgänge wurde mit der Einschränkung des Wortes „tunlichst“ angenommen. Desgleichen der Antrag auf Zurückziehung der Väter, die gleichzeitig Söhne im Felde stehen haben. — Das Recht auf Urlaub wurde abgelehnt und der Antrag in der Fassung angenommen:

„Dahin wirken zu wollen, daß für die Dauer des Krieges in regelmäßigen Zeitabschnitten Urlaub erteilt wird.“ Diese Einschränkung hatten die Fortschrittler beantragt. — Der Antrag, den strengen Arrest betr., wurde ebenfalls angenommen.

Der Ausschuss ging dann zur Beratung der Besoldungsfragen über.

Abg. Stücken (Soz.) begründete folgende Anträge:

I. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine anderweitige Festsetzung der Löhne der Mannschaften und Unteroffiziere herbeizuführen, und zwar nach folgenden Richtlinien:

a) Unteroffiziere erhalten nach einer als Unteroffizier geleisteten Kriegsdienstzeit von 18 Monaten eine Erhöhung der Löhnung um 20 vom Hundert,

b) Gefreite und Gemeine nach einer Kriegsdienstzeit von 1 Jahr 20 vom Hundert, nach einer Kriegsdienstzeit von 2 Jahren 40 vom Hundert und nach einer Kriegsdienstzeit von 3 Jahren 50 vom Hundert Erhöhung der für sie zuständigen Löhnung.

c) Besondere Zulagen, die für bestimmte Funktionen bezahlt werden, dürfen auf diese Erhöhung nicht angerechnet werden.

II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß den Unteroffizieren, die das den Mannschaften zustehende Puhgeld noch nicht erhalten haben, dieses nachträglich gewährt wird.

III. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Verfügung herbeizuführen, in der bestimmt wird:

a) über die Verwaltung der Kantinen ist den Mannschaften alle Vierteljahr Rechnung bekannt zu geben;

b) die Ueberschüsse sind an die beteiligten Mannschaften alle Vierteljahre in bar zu verteilen;

c) zu anderen Zwecken dürfen die Kantinen-Ueberschüsse nicht verwendet werden.

IV. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Verfügung dahingehend herbeizuführen zu wollen, daß den in den Instandsetzungs-Werkstätten beschäftigten Mannschaften Zulagen in gleicher Höhe bezahlt werden, wie sie den in den Belagerungs-Artillerie-Werkstätten beschäftigten Mannschaften bereits bezahlt werden.

Abg. Stücken wandte sich scharf gegen die Regierung, die offenbar die Soldaten als Objekt für am falschen Ort angewendete Sparmaßnahmen betrachte. Diese Anwesenheit sei unerhört gegenüber den gewaltigen Leistungen, die von den Soldaten gefordert werden. Man habe einfach kein Verständnis dafür, daß

ein frisch beförderter junger Leutnant im Monat 250 resp. 310 M. bekomme, während man den Kriegserprobten Soldaten mit 53 Pf. pro Tag abfinde. In großen Zügen behandelte Stücken dann die Mißstände im Kantinenwesen und forderte ein Verbot, die Ueberschüsse der Kantinen ohne Wissen und Willen der Mannschaften, in Kriegsangelegenheiten oder die Kosten von Sportfesten aus diesen Ueberschüssen zu bestreiten. Leuten, von denen man besondere Leistungen verlange, müßten auch Anspruch auf Zulagen haben.

Abg. Erzberger (Z.) forderte, daß die Löhnungserhöhung vom 1. November spätestens durchgeführt sein müsse, sonst müsse man dazu greifen, die Gehälter der Offiziere zu beschneiden. Die Kantinen würde man am besten genossenschaftlich betreiben und keine Ueberschüsse machen.

Oberst v. Wrisberg teilte mit, daß eine Verfügung ergangen sei, die die Ansammlung von Ueberschüssen verbiete, dafür sollen die Waren billiger abgegeben werden.

General v. Owen erklärte, daß das Kriegsministerium nichts gegen eine Erhöhung der Löhnung einzuwenden habe. Bei der Rechnung für die Kriegsangelegenheiten sei jeder Zwang verboten worden. Redner macht dann noch längere Ausführungen über das militärische Zulagenwesen.

Schahjektar Graf Koebner weist gegenüber den Vorkürten, daß das Reichsamt der Erhöhung der Mannschafslöhne Schwierigkeiten mache, darauf hin, daß die bisher erfolgten Erhöhungen der Löhnungen, Familienunterstützungen und sonstigen Zuschüsse im Monat ein Mehr von rund 200 Millionen Mark, also im Jahr 24 Milliarden Mark ausmache. Der heute eingebrachte Antrag enthalte dagegen als neu eine Differenzierung der Mannschafslöhnung. Diesen Antrag halte er für erwägenswert; er müsse sich jedoch im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung eine Prüfung derselben vorbehalten, namentlich dahingehend, ob die Differenzierung auch technisch durchführbar und welche finanzielle Belastung damit verknüpft sei.

Abg. Stücken trat verschiedenen Einwänden entgegen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Erwägungen hoffentlich nicht hinausziehen, bis der Krieg beendet ist. Die Wünsche der Soldaten sind berechtigt, sie müssen rasch erfüllt werden. — Die Redner der Parteien stimmten den Anträgen zu.

Bei der Abstimmung wurde der Löhnungsantrag einstimmig angenommen. Der Antrag betr. das Puhgeld für Unteroffiziere ebenso. Angenommen wurde auch der Antrag, bei den Instandsetzungs-Werkstätten Zulagen zu gewähren. Der Kantinen-Antrag wurde in folgender vom Zentrum vorgeschlagener Fassung angenommen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen,

1. daß die Verkaufspreise in den Kantinen berart gestellt werden, daß Ueberschüsse tunlichst vermieden werden,

2. daß über die Verwaltung der Kantinen einer aus Offizieren und Mannschaften bestehenden Kommission in bestimmten Zwischenräumen Rechnung gestellt wird.

Der Ausschuss trat dann in die Beratung der Erhöhung der Familienunterstützung ein.

Zu den Lagen folgende Anträge der Sozialdemokraten vor:

der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, das Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 dahin zu ändern, daß die Unterstützungssätze in § 5 unter a von 20 auf 30 M., unter b von 10 auf 20 M. erhöht werden.

Ferner folgenden § 5a einzuschalten:

§ 5a. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, aus ihren Mitteln den örtlichen Verhältnissen angemessene Zuschläge zu diesen Unterstützungen zu zahlen. Dieselben müssen mindestens 50 vom Hundert der durch § 5 festgesetzten Mindestsätze betragen.

Abg. Dr. Cohn (Unabh.) beantragte: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, folgenden § 5a einzuschalten:

§ 5a.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, diese Unterstützungen aus ihren Mitteln durch Zuschläge zu ergänzen, die den örtlichen Verhältnissen anzupassen sind. Die Zuschläge müssen in Gemeinden unter 5000 Einwohnern mindestens 50 vom Hundert, von 5000—15 000 Einwohnern mindestens 60 vom Hundert, von mehr als 15 000—30 000 Einwohnern mindestens 75 vom Hundert, von mehr als 30 000 Einwohnern mindestens 100 vom Hundert, der in § 5 bestimmten Sätze betragen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) sprach zu dem sozialdemokratischen Antrag. Die Lage der Kriegerfamilien sei äußerst mißlich. Die Preise aller Lebensmittel seien berart gestiegen, daß die jetzigen Unterstützungssätze völlig unzureichend sind. Redner zeigt die Steigerung der Lebensmittelpreise an der Hand einer Tabelle. Viele Gemeinden erfüllen leider ihre Pflicht nicht, so daß unbedingt vom Reich ein Druck auf sie ausgeübt werden müsse.

Unterstaatssekretär Dr. Ballraf: Bisher seien an Reichskriegsunterstützungen monatlich bis 190 Millionen Mark gewährt worden. Darüber, daß die Unterstützungen als Ganzes eine Erhöhung erfahren müßten, seien sich die Regierungen einig, fraglich sei nur der einzuschlagende Weg. Die Erhöhung könnte erfolgen durch eine gleichmäßige Dinaufsetzung der Reichsunterstützungssätze, was zwar den Vorteil gewähren würde, daß sie jedem objektiv gleichmäßig zufließen läme, dagegen den Nachteil, daß man nicht entsprechend individualisieren könnte oder es könnte die Erhöhung im Wege der Gemeindeunterstützungen erfolgen. Der Vorschlag der Sozialdemokraten bezüglich der Art der Durchführung werde von der Regierung wohl kaum angenommen werden können. Die Verhandlungen über den für die Erhöhung einzuschlagenden Weg schwebten noch, doch werde sie zeitig genug vor Eintritt des Winters, spätestens am 1. November d. J. eintreten.

Ministerialdirektor Dr. Lewald teilte mit, daß für Oktober eine gemeinsame Besprechung der Bundesstaaten in Aussicht stehe, die in diesen Fragen eine einheitliche Praxis erhoffen lasse.

Abg. Raden (Z.) tritt besonders für eine Erhöhung der Sätze für die Frauen ein.

Ministerialdirektor Dr. Schroeder macht die Mitteilung, daß der Fonds für Kriegswohlfahrtspflege in seiner Gesamtheit nicht begrenzt ist. Der Betrag der monatlichen Zuschüsse des Reiches für die Aufwendungen der Kommunen stellt sich auf 31,5 Mill. Mark.

Abg. Meyer-Verford (natl.) empfiehlt, bei Gewährung der Unterstützung mehr zu individualisieren.

Abg. Gosh (Soz.): Es muß rasch und gründlich geholfen werden. Je kleiner die Gemeinden sind, desto größer sind nicht selten die Mißstände. Es ist eine große Härte, Kriegerfrauen, die Kinder haben, auf die Arbeit zu verweisen oder gar den Lohn größerer Kinder, die für sich selber sorgen müssen, auf das Einkommen der Familie anzurechnen.

Unterstaatssekretär Dr. Ballraf hielt den Ausführungen des Abg. Gosh entgegen, daß es doch nicht nur notleidende Kriegerfamilien gäbe und daß man die anderen Notleidenden nicht zu sehr zurücktreten lassen dürfte. Entscheidend für die Art der Durchführung der Unterstützungserhöhung bliebe, ob man individualisieren wollte oder nicht. Wenn man sich auch sicher hüten müßte und die Gefahr vielleicht auch nicht ganz zu bannen wäre, daß bei Individualisierung gelegentlich Unberechtigten entstünden, so müßte man darum doch nicht einfach die Schablone wählen. Der Unterstaatssekretär wies schließlich auf die großen Lasten hin, die die Städte im Laufe des Krieges auf sich genommen hätten und die sicher anerkenntswert wären.

nicht verdrehen und nicht falsch interpretieren kann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sowohl in der wirklich weitgehenden warmen Antwort, die der Kaiser an den Papst gerichtet hat, die wir rückhaltslos anerkennen als wirklich herzliche und offenbar empfundene Aeußerung, die ein Friedensbekenntnis ist, als auch noch mehr in der Antwort des deutschen Reichskanzlers fehlt das Wort: Wir wollen keine Eroberungen machen! So wie drüber das Wort Belgien, so fehlt bei uns das Wort Serbien und Rumänien. Wir wissen, daß das kein Vernünftiger will, aber man sollte es auch nach außen sagen, daß wir es wissen.

Es ist ein wichtiges Moment dafür, daß wir zum Frieden kommen. Daß es fehlt, ist eine Unterlassung. Meine Pflicht hier ist es, dafür zu sorgen, daß die Massen in England und in Frankreich den Mut bekommen, sich dazu zu bekennen, daß der Friede möglich ist ohne Verletzung und Unterdrückung eines Volkes, daß der Friede möglich ist, weil bei den Neutralmächten nicht, wie sie meinen und wie man ihnen einredet, Sklaven leben, sondern daß auch da freie Menschen sind, die die Demokratie wollen und die die Freiheit durchsetzen werden und den Frieden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es ist fürchterlich, was wir erlebt haben; aber so fürchterlich ist, um wie unsere Pflicht. Dazu ist notwendig nicht nur für die einzelnen, auch für die Parteien und für die Völker ein wenig Selbstverleugnung und sehr viel Mut, sehr viel Ueberzeugung, daß die alte Zeit vorbei ist, daß die neue Zeit kommen muß, die mit dem Frieden beginnt und zur Freiheit fährt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

## Rühlmanns diplomatische Technik

Die letzten Regierungsbreden im Hauptausschuss des Reichstags haben, wie nicht anders zu erwarten war, im feindlichen und neutralen Ausland keine gute Presse gefunden. Mit Genugtuung wird von den Kriegstreibern, mit Enttäuschung von den Friedensfreunden hervorgehoben, daß in diesen Reden eine genaue Erklärung über Belgien nicht enthalten ist. Wir haben schon gestern gesagt, daß die deutsche Regierung zur Abgabe einer solchen Erklärung bereit ist, aber für sie den richtigen psychologischen Augenblick noch abwarten zu müssen glaubt. Ist die öffentliche Diskussion so weit gelangt, daß der Mangel einer genauen Mitteilung über Belgien als das eigentliche Hindernis für den Frieden erscheint, dann soll dieses Hindernis beseitigt werden. Nach den Worten des Staatssekretärs v. Rühlmann kann es sich hierbei nur noch um einige Wochen handeln.

Glauben wir damit die Taktik der Regierung richtig erklärt zu haben, so sind wir doch keineswegs davon überzeugt, daß sie selbst richtig ist. Durch diese Taktik der Zurückhaltung soll bei den Gegnern das Gefühl dafür gestärkt werden, daß der Frieden nicht nur für uns, sondern auch für sie ein erstrebenswertes Gut ist. Für den Augenblick werden aber nur die Tendenzen der Kriegstreiber belebt, die über die militärische Verstocktheit Deutschlands zetern, und die Friedensfreunde werden entmutigt.

Dies alles kann und muß getragen werden, wenn es wirklich weiter nichts ist als ein kurzes diplomatisches Vorspiel und wenn sich die Rechnung als richtig erweist, wonach eine deutsche Erklärung zugunsten der belgischen Unabhängigkeit in naher Zeit eine durchschlagende Wirkung haben wird, die man ihr heute noch nicht zutraut. Erweist sich aber diese Rechnung als falsch, dann muß die deutsche Regierung auf die schärfsten Angriffe gefaßt sein.

In der deutschen Presse wird vielfach der Unterschied zwischen den Reden des Reichskanzlers und des Herrn v. Rühlmann hervorgehoben. Die Alldeutschen preisen Michaelis und loben gegen Rühlmann. Die Anhänger des Verständigungsfriedens spenden dem Staatssekretär gedämpftes Lob und bewahren gegenüber dem Reichskanzler eine gewisse kühle Reserve. Trotz der Versicherung des Herrn v. Rühlmann, es bestände volle Einigkeit der leitenden Stellen, sieht man schon einen scharfen Gegensatz zwischen den beiden Staatsmännern und ergreift, je nach der eigenen Stellung zur Friedensfrage, für oder gegen einen oder den anderen Partei. Dies alles scheint uns ein wenig verfrüht. Zweifellos aber wird in diesem Augenblick ein sehr großes Spiel gespielt, wobei die Rollenverteilung noch nicht ganz klar ist.

Auf alle Fälle muß gesagt werden, daß die Art, wie die Friedensverhandlungen führen und drüber vorbereitet werden, vom „neuen Geist“ des künftigen Friedens noch gänzlich unbekannt sind. Auf der einen Seite fordert man Unmögliches, auf der anderen verweigert man Selbstverständliches. Dort verlangt man Tausend, um Hundert zu bekommen, hier versichert man, an dem ganzen Geschäft sehr wenig interessiert zu sein — kurz, man versucht, nach denselben Methoden Frieden zu machen, nach denen man auf dem Lodger Almarkt Lumpen kauft. Auch das soll uns recht sein, wenn es nur zu dem Ziele führt, wenn aber nicht, gibt es ein schlechtes Ende!

## Englische Ausfuhrverbote gegen Holland und Skandinavien.

London, 20. September. (Neutermeidung.) Der König unterzeichnete in einem heute abgehaltenen Privy Council eine Verfügung, durch die die Ausfuhr gewisser Artikel nach Skandinavien und Holland verboten wird.

## Der argentinische Eisenbahner-Ausstand.

Amsterdam, 20. September. „Times“ meldet aus Buenos Aires, die Regierung beabsichtige, ein Schiedsgericht für den Eisenbahnerausstand einzusetzen, wenn die Arbeiter nicht von selbst die Entscheidung einem Schiedsgericht überlassen und inzwischen die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Die Bahngesellschaften sollen aufgefordert werden, die Züge für Militär- und Marinepersonal wieder fahren zu lassen. Wolltenfalls soll der Belagerungszustand verhängt werden.

## Deutschenheke in Amerika.

New York, 28. September. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Verhaftungen von Deutschen und Deutschfreunden haben gestern eingeleitet und dauern an. Heute wurden viele Personen nach Ellis Island gebracht, wo sie, wie mitgeteilt wurde, wahrscheinlich während der Dauer des Krieges interniert werden. Die meisten Verhafteten waren in Geschloßfabriken oder bei Schiffsarbeiten beschäftigt. Man glaubt (1), daß ein weitverbreitetes Komplott zur Beschädigung von Maschinen das auf Anweisung von deutschen Agenten in Europa arbeitete zum Scheitern gebracht worden ist. Die Verhafteten wurden von Agenten des Marine-Departements seit Monaten beobachtet.

Nach weiterer Debatte ergab die Abstimmung folgendes Resultat:

Die Erhöhung der Sätze für die Frauen von 20 auf 30 M. wurde einstimmig angenommen. Die Erhöhung der Sätze für die Kinder von 10 auf 20 M. wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und dafür nach einem Antrag der Fortschrittler die Erhöhung auf 15 M. beschlossen. Der Antrag Cohn wurde abgelehnt. Von dem beantragten § 5a wurde der erste Satz angenommen, wonach die Gemeinden zur Zahlung angemessener Zuschläge verpflichtet sind. Der zweite Satz, wonach diese Zuschläge mindestens 50 v. H. zu betragen haben, wurde dagegen abgelehnt.

Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr.

### Teresttschenko nicht demissioniert.

Amsterdam, 29. September. Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus Petersburg: Die Vertreter der Presse sind ermächtigt mitzuteilen, daß die Nachricht über die Demission Teresttschenkos unrichtig sei. Teresttschenko habe den Ministerpräsidenten darauf hingewiesen, daß er es mit Rücksicht auf die internationale politische Lage nicht für wünschenswert erachte, sein Amt niederzulegen, und daß er für sein weiteres Verbleiben die Bedingung stelle, daß eine nationale Regierung mit ausreichenden Machtbefugnissen ernannt werde, die von jedem Druck unabhängig sei.

### Teresttschenko über die deutsche Antwortnote.

Petersburg, 28. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Minister des Äußeren Teresttschenko empfing heute Vertreter der Presse und gab ihnen folgende Erklärungen ab: Die Antworten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf die Note des Papstes beweisen, daß unsere Feinde bei ihrer Weigerung beharren, irgendeinen aufrichtigen Schritt für den Frieden zu tun. Die beiden Noten wiederholen hauptsächlich die veralteten Versicherungen von der Friedensliebe der Mittelmächte und ihres Eifers, die Grundzüge einer Einschränkung der Rüstungen sich zu eigen zu machen. Sie machen aber nicht die geringste Andeutung über die Grundlagen des künftigen Friedens. Mehrere Wendungen in den Noten lassen sogar glauben, daß die Regierung entgegen der bekannten Entschlieung des Reichstages nicht auf einen „Deutschen Frieden“ Verzicht geleistet hat, der mit den Grundzügen von Recht und Gerechtigkeit spielt, und daß Deutschland gewisse strittige Fragen als endgültig gelöst ansieht.

Eine andere Empfindung, die die Note Deutschlands auslöst, ist die, daß die Berliner Regierung nur auf der Grundlage der Kriegskarte in Friedensunterhandlungen einwilligen wird, das heißt, indem sie alle eroberten Gebiete behält mit Ausnahme teilweiser Zurückstellungen, die sie auf der Friedenskonferenz bewilligen werde. Im ganzen bringt die Note Oesterreich-Ungarns keinerlei Licht in die gegenwärtige Sachlage.

Seinerseits hat das erneuerte Rußland die Grundzüge bekanntgegeben, für die das freie russische Volk kämpft. Auf das alles hin hat Deutschland keine offene und freimütige Antwort gegeben, indem es stets ein rätselhaftes Spiel spielt und erklärt, daß die Gewalt das Recht schafft und indem es den Augenblick erwartet, in dem es durch die Gewalt seine Eroberungen besfestigen und sie sich dauernd aneignen kann.

Der Minister sprach dann von den letzten Handlungen Deutschlands in der polnischen Frage und namentlich von dem Patent des Generalgouverneurs in Warschau sowie von der neuen Verwaltungsordnung in Polen, die ein Nachgeben gegenüber den Polen bedeuten. Dieses rühre von der Schwäche Deutschlands her und werde die Polen nicht zufriedenstellen.

Die Erklärung Teresttschenkos erscheint im wesentlichen auch nur als ein Versuch, die deutsche Regierung zur schärferen Präzisierung ihrer Friedensziele zu bringen. Freilich verfährt Teresttschenko hierbei nicht sonderlich geschickt, namentlich wenn er einen Gegensatz zwischen der Regierung und der Reichstagsentschlieung zu konstruieren sucht. Denn die deutsche Note erklärt ja ausdrücklich, daß die Regierung im Einklang mit der Reichstagsentschlieung handeln wolle. Die Art, wie Teresttschenko die letztere erwähnt, spricht übrigens für den durchaus günstigen und friedensfördernden Eindruck, den sie im Ausland erweckt hat.

### Menschewiki und Sozialrevolutionäre für eine Koalition mit dem Bürgertum.

Unter Ausschluß der Kadetten. — Knappe Mehrheit.

London, 29. September. Das Neuterische Bureau meldet aus Petersburg vom 28. September: Die Menschewiki haben sich mit 81 gegen 77 Stimmen für eine Koalition mit den bürgerlichen Abgeordneten ausgesprochen. Gleichzeitig mit 86 gegen 51 Stimmen den Ausschluß der Kadetten verlangt. Die Sozialrevolutionäre haben sich mit 91 gegen 87 Stimmen für eine Koalition mit Ausschluß der Kadetten erklärt. In einer Verhandlung Kerenski mit Vertretern der Kaufleute und Industriellen von Moskau über ihre Beteiligung an der Regierung stellten diese die Bedingung, daß das Kabinett vollständig unabhängig von allen Parteien oder Organisationen sein müsse. Die Bolschewiki verlangten von der Regierung, daß sie Lenin freie Beteiligung an der demokratischen Konferenz garantiere. Die Regierung antwortete, daß die Unantastbarkeit Lenins nur für den Sitzungssaal Geltung haben würde, daß er aber außerhalb des Saales verhaftet werden würde. Die Bolschewiki sahen infolgedessen davon ab, Lenin an der Konferenz teilnehmen zu lassen.

### Rußland und Finnland.

Der versiegelte Landtag.

Helsingfors, 28. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Generalgouverneur Nekrasoff befohl, die Türen des Landtags zu versiegeln und ließ einen Anschlag anheften, in dem es heißt: Der bisherige Präsident des aufgelösten Landtags hat die bisherigen Mitglieder aufgefordert, sich am 28. September zur Fortsetzung der Sitzungen zu versammeln. Zum Schutze der Rechte des finnischen Volkes, das in drei Tagen geschäftsmäßige Vertreter wählen soll, habe ich die Anlegung der Siegel befohlen, um die Ungeheimhaltung der Versammlung des Landtags zu zeigen.

Petersburg, 29. September. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Helsingfors: Nach Abnahme der Siegel von den Türen zum Sitzungssaal des Landtages durch den Landtagspräsidenten hielten achtzig sozialdemokratische Abgeordnete eine 1 1/2 stündige Sitzung, in welcher die Beschlüsse über den achtstündigen

Arbeitsstag, die geforderte Gleichberechtigung der Juden und die Verantwortlichkeit des Senates vor dem Landtage angenommen wurden. Das Zentrum und die Rechte nahmen an der Sitzung nicht teil.

Stockholm, 28. September. Vor kurzem meldete ein Telegramm, eine Abordnung des finnischen Senats habe Kerenski für das Manifest der vorläufigen Regierung vom 12. September über die Selbstregierung Finnlands gedankt und zugleich erklärt, das finnische Volk sei bereit, politisch und wirtschaftlich mit Rußland zusammenzugehen. Nach zuverlässigen Mitteilungen entspricht diese Nachricht nicht der Wirklichkeit. Zwei Mitglieder des finnischen Senats verlangten von Kerenski, die vorläufige Regierung möge dafür sorgen, daß die 60 Millionen Rüb. Getreide, die von Finnland bestellt und schon bezahlt seien, auch wirklich geliefert würden. Außerdem erheben sie Vorstellungen wegen der räuberischen und unterdrückenden Gewalttaten der russischen Soldaten in Finnland. Kerenski versprach Abhilfe zu schaffen, betonte jedoch die großen Schwierigkeiten in beiden Fällen. Alle übrigen Angaben der genannten Meldung entsprechen nicht den Tatsachen.

### Der letzte Luftangriff auf England.

London, 28. September. Amlich. Die Südwestküste angreifende, Flugzeuge wurden abends von verschiedenen Stellen längs der Küste von Suffolk, Essex und Kent gemeldet. Die Mehrzahl wagte sich nicht tief in das Land hinein. Einige wenige, die nach London zustrebten, konnten die Hauptstadt nicht erreichen. Bombenabwürfe wurden von Suffolk, Essex und Kent gemeldet. Ueber Todesfälle und Sachschaden verlautet nichts.

### Frauenwahlrecht in Ungarn?

Wahlrechtsminister Wilhelm Wagonji sagte einem Mitarbeiter des „Pester Lloyd“ über die Wahlrechtsreform in Ungarn unter anderem: In kurzer Zeit wird der Wahlrechtsentwurf der Öffentlichkeit vorliegen. Im allgemeinen kann ich heute schon sagen, daß die Zahl der Wähler mehr als drei Millionen betragen wird. Tatsache ist auch, daß wir das Wahlrecht für Frauen verwirklichen wollen. Ferner wollen wir die Geheimheit der Abstimmung bedeutend ausdehnen. Auch wird der Zensus der Intelligenz in der Vorlage eine große Rolle spielen.

### Konstituierung der polnischen Landesbehörden.

Die polnische Presseagentur meldet aus Warschau: Die Verhandlungen zwischen den Besatzungsbehörden, dem Regenschafter und den polnischen Politikern sind soweit gediehen, daß die offizielle Bestätigung der Mitglieder des Regenschafterrats durch die Besatzungsmächte bald erfolgen dürfte. Nach polnischen Meldungen wird der Regenschafterrat zwei Akte veröffentlichen, das Schreiben an die beiden Monarchen und das Manifest an die polnische Nation. Das Manifest soll im entschieden aktivistischen Geiste gehalten werden. In polnischen Kreisen verlautet, daß im Zusammenhange mit der Einsetzung der Regierung eine polnische Amnestie in Polen geplant wird.

### Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 28. September. Im Sperrgebiet um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum

22 000 Br. R. T.

versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer Auren Amalie (4278 T.) mit Nach von Archangel nach England, zwei tiefbeladene Dampfer, davon einer bewaffnet und englischer Nationalität, ferner die französischen Segler Blande und Armorique mit Kohlen für Frankreich und der russische Segler Neeta, welcher letztere 3 unter Sicherung fuhr.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

### Torpedobootgefecht an der flandrischen Küste

Berlin, 29. September 1917. Amlich.

1. Am 28. September früh stießen einige unserer Torpedoboote einer Patrouillenfahrt vor der flandrischen Küste auf eine überlegene Zahl feindlicher Zerstörer, die unter Feuer genommen wurden. Im Verlaufe des Gefechts wurde auf einem der Zerstörer eine starke Detonation beobachtet. Unsere Boote erlitten keine Beschädigungen oder Verluste.

2. Neue U-Boot-Erfolge im Armeekanal und Atlantischen Ozean:

vier Dampfer, acht Segler, ein Fischerfahrzeug,

darunter der bewaffnete englische Dampfer Beta mit 3300 Tonnen Kohlen, der bewaffnete französische Dampfer St. Jacques mit 4000 Tonnen Kohlen, ferner die englischen Segler Hazel, Laura, Moby Rose, Mary, Mary Orr, Water Lily, Jane Williams und Williams, sowie das englische Fischerfahrzeug Rose Grob. Von den versenkten englischen Seglern hatten zwei Tonerde, die übrigen Kohlen geladen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

### Erhöhung der Militärhinterbliebenenrente.

Die Sozialdemokraten haben im Haushaltsauschuß des Reichstags den Antrag eingebracht, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Militärhinterbliebenenrenten wesentlich erhöht werden.

### Die Stimme aus dem Schützengraben.

Aus Gütersloh berichtet die „Völkische Zeitung“ folgenden Vereinsfall der Wädeutschen. Die neugegründete „Vaterlandspartei“ hatte am 27. September eine Versammlung einberufen, in der zwei Redner, Universitätsprofessor Hoffmann und der reichsverbändlerische Generalsekretär Michaelis in der Ausstellung annexionspolitischer Ziele miteinander weitervertraten. Belgien, Polen, Rußland, Litauen und Teile von Nordfrankreich wurden von diesen beiden Herren kurzerhand in die Tasche gesteckt. Dann sandte man die üblichen Telegramme an den Kaiser, an Hindenburg und den Reichskanzler ab, und war im Begriffe, mit alldemselben Männergesang die Versammlung zu schließen, als ein unerwarteter Zwischenfall eintrat: es stand nämlich ein einfacher Feldgrauer auf, ein Mann aus der Front, der in schlichten Worten erklärte, er habe an der Front noch keinen gefunden, der mit den Reden der Herren Hoffmann und Michaelis einverstanden sei! — Für die mühtigen Heimkrieger Hoffmann und Michaelis eine recht bittere Pille!

### Regierung und Wahlrechtsversprechen.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ behaupten zu wissen, daß die preussische Regierung alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden wird, um die Durchführung des gleichen Wahlrechts gemäß dem Erlass vom 11. Juli zu sichern. Aus dem Umstand, daß Neuwahlen während des Krieges ausgeschlossen seien, dürfe nicht etwa die Auffassung hergeleitet werden, daß im Falle der Ablehnung des gleichen Wahlrechts mit einer Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht zu rechnen sei. Sollte wider Verhoffen im Abgeordnetenhaus die gleiche Wahl auf Schwierigkeiten stoßen, so würde zweifellos dessen Auflösung beschlossen werden. Die Durchführung des Beschlusses müßte, sofern er in die Kriegszeit fällt, vielleicht bis zu einem Zeitpunkt aufgeschoben werden, zu welchem Neuwahlen angängig erscheinen. Aber der Beschluß selbst würde unmittelbar gefaßt und verkündet werden.

Wir können diese Meldung nicht auf ihre Zuverlässigkeit hin prüfen. Nach unserer Anschauung ist es jedenfalls das Mindestmaß des Selbstverständlichen, daß die Regierung das Abgeordnetenhaus auflöst, wenn dieses die Wahlrechtsvorlage nicht in einer den feierlichen Versprechungen der Regierung entsprechenden Form annimmt. Denn es ist klar, daß ein so feierliches Versprechen wie das der Oster- und Pfingstbotschaft nicht schon mit der bloßen Einbringung einer Vorlage eingelöst ist, sondern erst dann, wenn die Regierung auch das letzte Mittel angewandt hat, um es zu verwirklichen.

### Das sächsische Herrenhaus gegen Neuorientierung.

Die Zweite Kammer des sächsischen Landtages hatte kürzlich auf Grund eines sozialdemokratischen Antrags gegen die Stimmen der Konservativen beschlossen, die Regierung solle durch ihre Vertreter im Bundesrat dahin wirken, daß alsbald eine freiheitliche und völkstümliche Neuordnung durchgeführt werde. Gleichzeitig war die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschluß ersucht worden. Die Deputation der Ersten Kammer jedoch, weit entfernt, dem Beschluß beizutreten, beförderte ihn ungnädigst in den Papierkorb. Am Donnerstagnachmittag kam der ablehnende Beschluß der Deputation im Plenum des sächsischen Herrenhauses zur Sprache. Hier ging jedoch den Edlen und Erlauchten der Mut aus, sie wagten nicht mehr, die Neugefaltung als solche abzulehnen, sondern sungen an, den Beschluß der Zweiten Kammer als zu unbestimmt und ungewisshäßig zu kritisieren. Bezeichnenderweise beeilte sich auch der Minister Vitzthum von Eckstädt, das ablehnende Votum zu unterstützen, besonders auch deshalb, weil der Beschluß der Zweiten Kammer das parlamentarische System anstrebe. Der Leipziger Universitätsprofessor Dr. Wach schloß die verfassungswidrliche Bedenken gegen den Beschluß der Zweiten Kammer vor, der Dresdener Oberbürgermeister Gleicher warnte vor dem ungünstigen Eindruck, den eine glatte Ablehnung im Volke machen würde. So einigte man sich denn auf folgende Formel:

In Erwägung 1. daß eine Neuorientierung, die die Erste Kammer grundsätzlich nicht ablehnt, in dem Beschluß der Zweiten Kammer keinerlei bestimmten Ausdruck gefunden hat, 2. daß die Neuorientierung in einzelnen Bundesstaaten nur in diesem erfolgen darf, wolle die Kammer beschließen, dem Beschluß der Zweiten Kammer die Zustimmung zu verweigern.

Gegen diesen Beschluß stimmte nur ein schneidiger Rittergutsbesitzer, der grundsätzlich gegen jede Konzession an die plebejische Masse ist. — Von dem Beschluß des Herrenhauses gilt im übrigen das Goethe'sche Wort: Vergebens spricht du viel, um zu verjagen, der andere hört doch immer nur das Rein.

Noch ein Ausbruch! Um dem sichtbaren Mangel an Ausblicken für irgend welche Kriegsziele in Deutschland abzuhelfen, hat sich in Nordhau ein „Ausbruch für einen Hindenburgfrieden“ zusammengetan. Der Name ist schon insofern eigenartig gewählt, als sich Feldmarschall Hindenburg ausdrücklich verbeten hat, daß sein Name im Zusammenhang mit Kriegszielen genannt werde und daß man einen Frieden irgend welcher Art als „Hindenburgfrieden“ bezeichne. — Im übrigen scheint es sich bei dem neuen Ausbruch um einen Ableger der „Deutschen Vaterlandspartei“ zu handeln, der geglaubt hat, durch ein besonderes Firmenschild glänzen zu müssen.

### Letzte Nachrichten.

Sembar über Asquith.

Bern, 29. September. In „Humanität“ führt Sembar aus, Asquith habe den Willen der Entente ausgedrückt zum Ausdruck gebracht, aber der militärische Sieg sei die Vorbedingung zur Durchführung dieses Willens; man täusche sich, wenn man auf den wirtschaftlichen Druck rechne, um dem Feinde wichtige Forderungen aufzwingen zu können, so groß auch die Folgen des Wirtschaftskrieges sein könnten. Zum Sieg aber sei die tatkräftige Mitwirkung der Russen notwendig. Mit den Russen sei der Sieg sicher, ohne die Russen sei er eine leere Phrase. Die Nachrichten aus Rußland, die die Zensur so sorgfältig durchsiebe, ließen immer mehr erkennen, daß die Maximalisten demnächst ans Ruder gelangen. Darauf müsse man vorbereitet sein. Die Sozialisten hätten durch die Stockholmer Konferenz die Maximalisten für die Sache der Entente gewinnen können. Ob es ein gutes oder ein schlechtes Mittel gewesen wäre, darum handle es sich nicht, sondern darum, durch welche Mittel die französische Regierung und die Regierungen der Entente Länder die unumgänglich notwendige Mitwirkung Rußlands sich werden sichern können.

Lohnt ein Sieg die Opfer?

Rotterdam, 29. September. Nach dem „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ veröffentlicht der bekannte Publizist Dr. Dillon in der „North-Nightly Review“ einen sehr pessimistischen Artikel über die allgemeine Lage, in dem er u. a. die Frage stellt, ob ein Sieg die Opfer, die die Entente dafür bringen müßte, überhaupt wert sei. Bezüglich Elsaß-Lothringens schreibt Dr. Dillon, auf die Bevölkerung der beiden Provinzen könne man nicht rechnen. Sie würde sich, wenn man sie abstimmen ließe, nicht für den Anschluß an Frankreich erklären. Man dürfe auch nicht hoffen, daß ein demokratisches Deutschland Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgeben würde, und die Zurückgewinnung der beiden Provinzen durch Gewalt, werde eine ebenso schwierige Aufgabe sein, als wenn man die beiden Mittelmächte in Stücke reißen wolle. Es sei fraglich, ob die Kosten, die man dafür bezahlen müßte, noch einen Gewinn übrig lassen werden.

Die zweite amerikanische Kriegsanleihe.

New York, 28. September. Der Sekretär des Schatzamtes zeigte die am 1. Oktober bevorstehende Ausgabe der zweiten Kriegsanleihe in Höhe von 3 Milliarden Dollar oder mehr an. Diefelbe soll mit einem Zinsfuß von 4 Proz. ausgestattet werden. Die Umlaufzeit ist auf 15 Jahre festgesetzt. Nach 10 Jahren kann eine Ablösung in Stücken von 50 Dollar oder vielfachem hiervon erfolgen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Abzüge in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken.

In den letzten Tagen haben einige größere Versammlungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken stattgefunden. In diesen Versammlungen klagten die dort anwesenden, außerordentlich zahlreichen erschienenen Beschäftigten über die von der Betriebsleitung angeordneten **Klfordabzüge**.

Es wurde in den Versammlungen festgestellt, daß die Abzüge bis zu 50 Proz. des bisherigen Preises gehen. Auch wurde weiter ermittelt, daß nicht von vereinzelten Abzügen gesprochen werden kann, sondern daß die Abzüge sich fast auf alle Abteilungen und Abfordere ausdehnen. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, mit der Betriebsleitung zu verhandeln und die Forderung der Klfordabzüge zu verlangen. Die Kürzung der Klforde wurde von den Arbeitern um so mehr als unbillig erachtet, weil im Januar dieses Jahres anlässlich einer damals gestellten Forderung auf Erhöhung der Verdienste die Firma dem Arbeiterausschuß erklärt hat, daß allgemeine Zulagen nicht erfolgen können, jedoch haben sie die bestimmte Annahme, daß die bisherigen Preise ausreichend seien, um einen Mehrerwerb zu ermöglichen.

Wie der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Siering, in den Versammlungen berichtete, hat er am 8. Januar d. J. eine Verhandlung mit Direktor Sönisch und dem Generaldirektor v. Gontard gehabt. Sönisch behauptete die Direktoren, daß Beschlüsse der Organisation der Arbeiter an der vollen Ausführung der Arbeitskraft hindern. Dies wurde von Siering bestritten und erklärt, daß irgendwelche Organisationsbeschlüsse nicht bestehen, daß es aber verziehen könne, wenn die Arbeiter bei Klforden vorsichtig sind, weil sie fürchten, daß die Firma Abzüge macht, wenn die Arbeiter mal etwas mehr verdienen, als die Firma ausgeben will. Wie Siering weiter berichtet, habe die Direktion ihm erklärt, daß sie nicht daran denke, während des Krieges Abzüge zu machen, es könne jeder so viel verdienen, wie er wolle. Diese Zusicherung würde ohne weiteres gegeben werden.

Die in den Versammlungen anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen waren deshalb um so mehr entrüstet, als die Firma trotz dieser ausdrücklichen Versicherung der Direktion fast allgemein Abzüge vorgenommen hat. Auf der einen Seite hat man in Anschlägen jeden einzelnen zur Höchstleistung angeporrt, hat auch den Sündenbuchsbrief dazu benutzt und als die Arbeiter in hervorragendem Maße sich bemühten, so viel als möglich herzustellen, kommt die Direktion mit erheblichen Abzügen. Die inzwischen stattgehabte Verhandlung des Arbeiterausschusses mit der Direktion hatte keinen Erfolg, weil die Direktion erklärte, daß es bei den Abzügen bleiben müsse.

Daraufhin hat die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes der Kriegsamtsstelle beim Oberkommando über das eigenartige Verhalten der Direktion Mitteilung gemacht. Es wird abzuwarten sein, welche Stellung diese Behörde einnimmt, und ob es ihr gelingt, die Direktion von ihrem Vorhaben abzubringen. Die Arbeiter erwarten, daß die Kriegsamtsstelle mit derselben Energie und Deutlichkeit gegen die Direktion auftritt, wie es diese Behörde bei anderen Gelegenheiten gegenüber den Arbeitern getan hat.

## Affordzuschläge für Buchbinderinnen.

Eine vom Buchbinderverband einberufene, gut besuchte Versammlung der Buchbinderinnen nahm am Freitag Stellung zu der Gewährung von Zuschlägen beim Festen auf Wandgaze sowie auf Zartlatangaze. Räger referierte. Die Kriegszeit hat auch in der Buchbinderei zur Ersparnis von Material gezwungen. So auch in Bezug auf die beim Buchbinder verwendeten Gaze. Statt der über den ganzen Buchblock reichenden Gaze werden jetzt nur Gazestreifen benutzt oder auch die ganz dünne, keine Appretur enthaltende Zartlatangaze, sogenannte Maschenlatangaze. Die neue Arbeitsweise erschwert das Festen. Deshalb sind auf Betreiben der Festbinderinnen zum Ausgleich dieser Erschwerung Zuschläge zu den tariflichen Affordzuschlägen gefordert worden. Es wurden gefordert für Drahtbestellung 30 Proz. und für Fadenbestellung 15 Proz. Derselbe Verhandlungen hatten für Berlin das Resultat, daß ein Aufschlag von 15 Proz. für Drahtbestellung und von 10 Proz. für Fadenbestellung zugestanden wurde. Mit Rücksicht darauf, daß Einrichtungen getroffen werden, um die neue Arbeitsweise etwas zu erleichtern, empfiehlt die Branchenkommission, sich mit dem Zugeständnis vorläufig zufrieden zu geben. Redner betonte nochmals, daß es sich bei dieser Bewilligung nur um den Ausgleich für die Erschwerung der Arbeit handelt. Die Zuschläge sind mit rückwirkender Kraft bewilligt. So also schon im März mit dem Festen auf Streifen von Gaze (Wandgaze) begonnen wurde, ist die Differenz von jener Zeit ab nachzuzahlen. Heberall ist darauf zu achten, daß die Nachzahlung vom Beginn der neuen Arbeitsweise ab erfolgt. Die Versammlung erklärte sich mit dem Zugeständnis einverstanden.

Dann erörterte man die Notwendigkeit einer allgemeinen Erhöhung der Tarifhöhe für Festarbeiten. Diese Tarifhöhe stammen noch aus der Friedenszeit und sind nicht mehr zeitgemäß. Die Versammlung faßte einstimmig den Beschluß, daß für alle Festarten eine Erhöhung der Tarifhöhe um 25 Proz. gefordert werden soll. Zunächst wird darüber auf einer Konferenz der Verbandsvertreter für das Gebiet des Dreistädtebundes (Berlin, Leipzig, Stuttgart) verhandelt werden.

# Der Siebenuhr-Ladenschluß für die Lebensmittelbranche.

Seit ungefähr Jahresfrist ist durch behördliche Verfügung der Schluß für die Verkaufsstellen um 7 Uhr abends eingeführt worden. Eine Ausnahme hiervon machen die Lebensmittelgeschäfte, für die in Rücksicht auf die Einkaufsmöglichkeit für die in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen die bisherige Verkaufszeit bis 8 Uhr abends beibehalten wurde.

Bereits im vorigen Jahre wurde von dem Verband der Handlungsgehilfen der Standpunkt vertreten, daß keine wichtigen Gründe dagegen stehen, auch für die Lebensmittelgeschäfte den Siebenuhr-Ladenschluß zur Einführung zu bringen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission wurde seinerzeit ersucht, sich dieser Auffassung anzuschließen, um bei den maßgebenden Behörden mit höchstem Nachdruck den Siebenuhr-Ladenschluß auch für die Lebensmittelbranche zur Einführung zu bringen.

Der Antrag wurde damals unter dem Widerspruch des Vertreters des Handlungsgehilfenverbandes abgelehnt. Namentlich die Vertreter der Gewerkschaften, in deren Berufen viele Arbeiterinnen beschäftigt sind, wiesen darauf hin, daß die

**Einkaufsmöglichkeiten der Arbeiterinnen,** die am Tage zu arbeiten haben, nicht beschränkt werden könnten, weil es diesen nicht möglich wäre, sich während der Arbeitszeit mit Nahrungsmitteln genügend zu versorgen.

Eine am Donnerstag stattgefundene Versammlung von Vertretern zur Gewerkschaftskommission hatte sich auf Antrag des Handlungsgehilfenverbandes erneut mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, da von der genannten Organisation der Antrag vorlag, den seinerzeitigen Beschluß der Gewerkschaftskommission wieder aufzuheben. Dieser Antrag wurde von dem Genossen Schmidt vom Handlungsgehilfenverband eingehend begründet.

Habe nach Meinung der Handlungsgehilfen schon vor einem Jahre die Notwendigkeit nicht vorgelegen, bei den Geschäften der Lebensmittelbranche eine Ausnahme zu machen, so habe sich im Laufe der Zeit diese Annahme als durchaus richtig erwiesen. Der Redner hob u. a. hervor, daß bei der Knappheit der Lebensmittel abends um 7 Uhr der Verkauf nur ein ganz geringer sei, und daß der Lichtverbrauch, der jetzt den bekannten Beschränkungen unterliege, in seinem Wert an Ersparnis mehr ausmache als der Wert der noch etwa zu verlaufenden Lebensmittel. Diese Ausführungen wurden von den übrigen Rednern der Handlungsgehilfen, den Genossen Signer, Wieder mann und Schulz ergänzt. Als besonders bemerkenswert wurde von ihnen auch die Tatsache hervorgehoben, daß die Gewerkschaftskartelle anderer großer Städte sich auf den Standpunkt des Handlungsgehilfenverbandes gestellt und

den Siebenuhr-Ladenschluß auch für die Verkaufsstellen der Lebensmittelgeschäfte empfohlen hätten. In den genannten Orten sei der Siebenuhr-Ladenschluß für die Lebensmittelgeschäfte denn auch eingeführt.

In der ausgiebigen Debatte vertraten die Genossen Cohen vom Metallarbeiterverband, Klar und die Genossinnen Reinhardt und Crizmin vom Verband der Buchbinder sowie andere Redner den entgegengesetzten Standpunkt. Genosse Cohen hatte darauf verwiesen, daß zurzeit in den

**Berliner Rüstungsindustriebetrieben** circa 168 000 Arbeiterinnen beschäftigt würden, denen man die Gelegenheit, bis um 8 Uhr abends Lebensmittel einzukaufen zu können, nicht nehmen dürfe. Die Vertreter des Buchbinderverbandes wiesen darauf hin, daß nicht nur Rüstungsarbeiterinnen allein, sondern auch hunderttausende weiblicher Arbeitskräfte anderer Industriegruppen in Betracht kommen, auf die Rücksicht genommen werden müßte. Der Hinweis auf andere Orte könne nicht allein maßgebend sein, da die in diesen Orten vorhandenen Voraussetzungen und Verhältnisse anders als in Berlin und Vororten gelagert sind. Die Gewerkschaften seien selbstverständlich nicht grundsätzlich Gegner des Siebenuhr-Ladenschlusses an sich, die gegenwärtige Zeit indessen sei unter Berücksichtigung der Gesamtlage nicht die gegebene, um den Wünschen der Handlungsgehilfen Folge geben zu können. Der Antrag des Handlungsgehilfenverbandes auf Aufhebung des vorjährigen Beschlusses wurde mit allen gegen elf Stimmen abgelehnt.

Bei dieser Aussprache wurde nebenher auch die Verfügung des Magistrats erwähnt, nach der die Verkaufsstellen am Montag jeder Woche schon um 5 Uhr morgens geöffnet werden müssen, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich Brot zu kaufen, da sie solches auf die Brotkarte der neuen Woche am Sonnabend und Sonntag vorher nicht erhalten. Diese Verordnung verfehle ihren Zweck. Als wünschenswert wurde es bezeichnet, den

**Endtermin der Brotkarte** auf einen anderen Tag in der Woche, vielleicht auf den Donnerstag, zu verlegen. Damit würde für alle Teile eine befriedigende Lösung geschaffen werden.

Von dem Genossen Rörster wurde angeregt, daß eine Vereinfachung in dem

**Schließen der Läden an den Nachmittagen** angestrebt werden müsse, um dem jetzt hundertbunten Bilde der verschiedenen Schließungen ein Ende zu machen. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß hierfür die Zeit von 2 bis 5 Uhr nachmittags zu empfehlen sei.

## Parteinachrichten.

### Gegen die Instanzenpolitik der Unabhängigen.

Auf der am 16. September in Brich abgehaltenen Kreisgeneralversammlung des unabhängigen Zentralwahlvereins für Zellwiesbeck wurde in schärfster Weise gegen das unverantwortliche Gebahren der unabhängigen „Instanzen“ losgezogen. In einem Berichte der „Leipziger Volkszeitung“ — und man kann sicher sein, daß die „Leipziger Volkszeitung“ bereits für die richtige Abtönung gesorgt hat — heißt es:

Die Funktionäre verlangen und erwarten jedoch vom Zentralvorstand mehr Achtung vor der Demokratie und dem Mitbestimmungsrecht der Mitglieder in den Orten und Kreisen.

Die Entscheidungen letztgenannter Körperlichkeiten müssen maßgebend sein für die Beschlüsse des Zentralvorstandes. So bestimmen es die Beschlüsse der Gothaer Konferenz. Weicht der Zentralvorstand nach Wochen schon in so bedeutungsvollen Fragen ab, so befristet die Funktionäre mit Recht: ist die erste Stufe zur Rechtfertigung derer um Scheidemann beschränkt. Gegen diese Führerdespotie mit aller Energie und Schärfe zu kämpfen, sie abzuwehren, betrachten die Funktionäre zur Erhaltung der Zielfahrt als unerlässlich.

Die unabhängigen „Instanzen“, die selbst so oft gegen die Instanzen der alten sozialdemokratischen Partei gewettert haben, sind durch die Beschwerde ihrer Anhänger so vor den Kopf geschlagen, daß sie darauf nicht zu antworten vermögen und den Bericht ohne den Versuch auch nur des leisesten Widerspruchs in die Welt gehen lassen müssen, obwohl seit jener Generalversammlung mehr als 10 Tage verfloßen sind.

### Aus den Organisationen.

Am Sonntag fand in Saalfeld eine Konferenz für den Wahlkreis Weimaringen 11 statt, in der Genosse Gehrhardt Bericht über die Tätigkeit der Kreisleitung erstattete. In der anschließenden Diskussion legte Genosse Waudert Gewicht auf eine bessere Verbindung der Ortsgruppen mit der Kreisleitung und auf einen Ausbau der politischen Organisation, die die Leierzahl der

Parteipresse ungefähr erreichen müsse. Das Saalfelder „Volksblatt“ hat sich verhältnismäßig gut gehalten. Genosse Reichhaus sprach über den Parteitag in Würzburg. Er findet, daß die Partei nicht immer die Situation voll ausgenutzt hat, wendet sich aber scharf gegen die Unabhängigen, die mit ihrer Ablehnung der Friedendenschiebung eine ausgesprochen arbeitserfeindliche Politik treiben. Zum Parteitag delegierten wurde Genosse Gehrhardt gewählt.

**Seitungsverbot.** Durch Verfügung des stellvert. Kommand. Generals ist der Steitiner „Volksbote“ für einen Tag, und zwar für den 28. September verboten worden.

## Industrie und Handel.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Vorstand und Aufsichtsrat der Schultheiß Brauerei A. G. sowie der Spandauerberg-Brauerei vorm. E. Reckmann H. G. haben heute beschlossen, den auf 23. Oktober dieses Jahres einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlungen ihrer Gesellschaften die Genehmigung eines Verschmelzungsvertrages vorzuschlagen, nach welchem das Vermögen der Spandauerberg-Brauerei als Ganzes unter Ausschluß der Liquidation auf die Schultheiß Brauerei derart übergeht, daß gegen nom. vier Millionen Aktien der Spandauerberg-Brauerei nom. zwei Millionen neu auszugebende Aktien der Schultheiß Brauerei mit Dividendenberechtigung vom 1. September 1917 ab gewährt werden und gleichzeitig der Dividendenchein der Spandauerberg-Brauerei für das Geschäftsjahr 1916/17 mit 70 M. zur Einlösung gelangt.

Durch die geplante Verschmelzung steigt das Aktienkapital der Schultheiß Brauerei auf 17 Millionen Mark. In den letzten Jahren hat sie — der Kontingentsübertragung wegen — die Berliner Unionsbrauerei erworben; es ist nicht ausgeschlossen, daß sie noch andere kleine Brauereien aufkauft, so vielleicht die Ränchener Brauhaus A. G.

Verantwortlich für Politik: Erich Antner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Neudamm; für Inserate: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutscher Buchverlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stets 3 Beilagen.

# A. WERTHEIM

## Damenhüte

### Ungarnierte Hüte.

Velvet-Hüte . . . . . 7.50

Langhaarig, Filzhüte 14.50

Sammelhüte in modernen

Formen: 9.50, 15.50, 21.00

Haarfalz-Plume-Velourshüte in großer Auswahl

### Garnierte Hüte.

Mod. Straßenhut Plüsch m. Band, Agraffe oder Pelzstreifen. . . . . 16.50

Sammelhüte m. Seldensquaste. . . . . 17.25

Damenhüte in neuesten Formen 21.00, 27.50

Kinderhüte garniert 4.90, 9.75

Sammelhüte für Kinder. . . . . 6.75, 8.50

## Putz-Artikel

Mod. Schleier Mtr. 0.90, 1.50, 1.90

Mod. Schleier abgepaßt mit Kante 1.90

Fantasie-Gestecke und Flügel

Gestecke . . . . . 1.10, 1.65, 2.10

Flügel. . . . . 0.80, 1.25, 1.90

## Damenkleider

Kleid aus wollenem Krepptoff, neue moderne Form, Taille mit weißem Seidenkrag, u. farbiger Stickerei, gezogener Rock. . . . . 75.00

Mantelkleid aus gutem Wollserge, Taille u. Rock l. Plisseefalt, m. Lackledergürtel 95.00

Sammelhüte moderne Machart, mit apertem, zweifarbigen Seidenkragen. . . . . 148.00

## Blusen

Bluse aus guter Perlseide mit gr. Kragen u. Schnurverzierung 19.75

Bluse a. Perlseide, m. Knöpfen garniert. . . . . 29.00

Bluse aus Perlseide mit Stehkragen in verschiedenen Farben 32.00

Bluse aus Crêpe de Chine, mit Stehkragen u. Hohlsaum 33.50

Bluse aus Crêpe de Chine, mit Stickerei u. Bandschleife 46.00

Mantelkleid aus guter Perlseide, Taille mit großem Seidenkragen, Rock mit Taschen garniert. . . . . 87.00

Nachmittagskleid a. gut. Taftseide, jugendl. Form, Taille m. Stickerei 145.00

Sammelhüte 148.00

## Damenmäntel

Paletot lose Form, hoch geschlossen zu tragen, mit Gürtel, farbig. . . . . 55.00

Paletot lose Form mit Gürtel, hochstellbarer Kragen, aus Diagonalstoff, grün und braun. . . . . 67.00

Sammelhüte 124.00

Jackenkleid aus blau Diagonalstoff, Jacke auf Seide, lose Form mit Gürtel, großem Kragen, Rock mit Taschen. . . . . 156.00

## Kinderkleider

Kinderkleid aus reinw., einfarb. Stoff m. weiß. Kragengarnitur

Lg. 45 cm 18.00 bis Lg. 75 cm 28.00

Mädchenkleid Taft m. Spitzenkrag, u. angekrausstem Rock

Lg. 60 cm 48.50 b. Lg. 100 cm 78.00

Backfischkleid aus reinwollenem, einfarbigem Stoff, mit abweichend. Kragen- u. Gürtel-Garnier.

Lg. 110 cm 72.00 b. Lg. 130 cm 78.00

Backfischkleid aus weicher Seide mit farbiger Handstickerei und neuem Tonnen-Rock

Lg. 110 cm 86.00 b. Lg. 130 cm 94.00

## Kindermäntel

Mädchenmantel aus braun. Winterstoff, mit loser, herumgehender Gürtel-Garnitur

Größe 3 20.75 bis Größe 6 23.75

Kindermantel aus wollenem Winterstoff m. farbig Paspel u. Knopfgarnier, lose m. Gürtel u. groß. Tasche

Größe 1 37.50 bis Größe 6 47.00

Kindermantel aus schwarz. Velvet, warm gefüttert, mit breitem Rücken-Gürtel

Lg. 60 cm 45.50 b. Lg. 100 cm 77.00

### Besondere Abteilung zur

## Anfertigung eleganter Damen-Kleidung

Eigene Werkstätten nach Maß Gute Verarbeitung

# Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag, den 14. Oktober d. J., abends 7 Uhr, nach dem Guttenschen Garten in Würzburg, Virchowstr. 2, ein.

- Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:
- 1. Bericht des Parteivorstandes:
  - a) Allgemeines. Berichterstatter: Fr. Ebert
  - b) Kasse. Berichterstatter: D. Braun.
- 2. Bericht der Kontrollkommission. — Berichterstatter: Fr. Brühne.
- 3. Bericht der Reichstagsfraktion. — Berichterstatter: Dr. David.
- 4. Die nächsten Aufgaben der Partei. — Berichterstatter: Ph. Scheidemann.
- 5. Anträge.
- 6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Dries, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

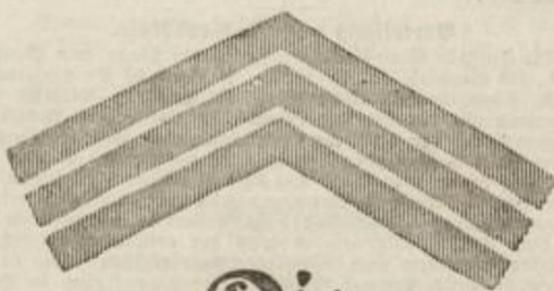
Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe als bald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstige Mitteilungen zugehen können.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten außerdem beim Lokalkomitee melden. Adresse: Frh. Endres, Arbeitersekretär, Würzburg, Semmelstr. 46.

Würzburg, den 25. August 1917.

Der Parteivorstand.

und 225 M. im August, 212 und 239 M. im September und 228 und 259 M. im Oktober. Da erst jetzt die Regierung mit Höchstpreisen ein. Es wurde ein Erzeugerpreis von 220 M. für Roggen und 260 M. für Weizen festgesetzt. Da in den Großhandelspreisen noch die Kosten für Fracht und sonstige Spesen stecken, bedeuteten diese Erzeugerhöchstpreise eine glatte Annahme der durch die Ausnutzung der Kriegsconjunktur hochgetriebenen Preise, die jeder sachlichen Berechtigung entbehren, da es sich um Getreide handelte, das unter normalen Friedensverhältnissen erzeugt und geerntet war. Dieser Grundpreis ist die drei ersten Kriegsjahre hindurch geblieben.



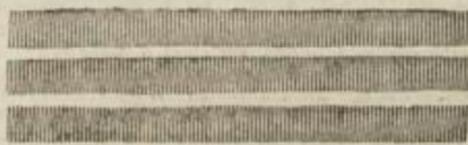
# Die Kriegs-anleihe ist die Saat — der Frieden die Ernte!

## Wie der Landmann das ersparte Saatgut zur rechten Zeit der Erde anvertraut, so mußt Du

### jetzt

### jeden ersparten Groschen Deinem Vaterlande leihen!

### Darum zeichne!



# Das Steigen der Lebensmittelpreise.

Von Otto Braun.

Der Brotpreis soll ab 15. Oktober erhöht, das Brot ab November durch einen zehnprozentigen Kartoffelzusatz wieder gestreckt werden. Also höherer Preis und geringerer Nährwert dieses wichtigsten Lebensmittels.

Muß das sein? Muß unsere Preispolitik sich in fortgesetzten Preiserhöhungen erschöpfen?

Infolge der zunehmenden Lebensmittelknappheit wird die Bevölkerung in steigendem Maße vornehmlich von dem Bestreben beherrscht, die zur notdürftigsten Ernährung erforderlichen Nahrungsmittel unter allen Umständen zu erlangen; der Preisgestaltung wird daher nicht mehr die Aufmerksamkeit zugewendet, die sie erheischt. Man hat sich bei einzelnen Lebensmitteln bereits an Preise gewöhnt, die den Friedenspreis oft um das 4-, 5-, ja 10fache übersteigen.

Der Preis für Brotgetreide und sonach auch für das Brot war bisher noch verhältnismäßig niedrig gehalten, was nicht zuletzt dem Einfluß der Arbeitervertreter in den mit der Regelung der Volksernährung betrauten Körperschaften zuzuschreiben ist. Im Jahre 1914 betrug die Großhandelspreise in Berlin für die Tonne Roggen im Januar 157 M., für Weizen 191 M., im Juli kurz vor Ausbruch des Krieges wurden für Roggen 174 M., für Weizen 206 M. gezahlt. Diese Preise stiegen nach Ausbruch des Krieges auf 194

tur hochgetriebenen Preise, die jeder sachlichen Berechtigung entbehren, da es sich um Getreide handelte, das unter normalen Friedensverhältnissen erzeugt und geerntet war. Dieser Grundpreis ist die drei ersten Kriegsjahre hindurch geblieben.

Der Preis für das mehr Futterzwecken dienende Getreide, Hafer und Gerste, der bei Ausbruch des Krieges in Berlin im Großhandel 165 und 144 M. pro Tonne betrug, stieg durch Preistreiberie, der sich dann später die viel zu spät einkehrende Höchstpreisfestsetzung anpaßte, bis zum Preise von 300 M. pro Tonne für beide Getreidearten, der noch als Grundpreis für die Ernte 1916 galt. Da dieser Preis die Preise für Grütze und Graupen wie die der Viehhaltungsprodukte, als da sind Fett, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Eier usw. bestimmend beeinflusst, ist seine Höhe für die Volksernährung von nicht minder einschneidender Bedeutung wie die Preise für Brotgetreide.

Das arge Mißverhältnis zwischen den Preisen für Hafer und Gerste wie für andere Futtermittel und den Preisen für Brotgetreide hat unsere gesamte Lebensmittelpreispolitik und im weiteren Verfolg die landwirtschaftliche Produktion unheilvoll beeinflusst. Dieses Mißverhältnis habe ich bereits im vorigen Jahre an dieser Stelle zahlenmäßig aufgezeigt und einen Ausgleich durch Herabsetzung der zu hohen Preise für Futtergetreide und Viehhaltungsprodukte gefordert. Auch von anderer Seite wurde diese Forderung immer dringender erhoben.

Endlich hat man sich der Erkenntnis nicht mehr verschließen können, daß hier eine Aenderung in der Preisgestaltung nottue und hat für die Ernte 1917 einen Preisausgleich herbeigeführt. Dabei hat man aber unter dem Druck der agrarischen Interessenten den umgekehrten Weg eingeschlagen, nämlich die Brotgetreidepreise derart erhöht, daß sie nunmehr den zu hohen Preisen für Hafer und Gerste gleichkommen. Die letzteren hat man nur scheinbar herabgesetzt, was aus folgendem erhellt:

Für Gerste und Hafer der Ernte 1916 war ein Grundpreis von 300 M. pro Tonne festgesetzt, der später auf 280 und dann 250 M. bei Gerste und auf 280 und dann 270 M. bei Hafer fiel. Jetzt ist der Grundpreis auf 270 M. festgesetzt, aber bei Lieferung in den ersten Monaten nach der Ernte wird eine Frühdruschprämie gezahlt, die mit 60 M. pro Tonne beginnend, bis auf 20 M. fällt und sonach die Herabsetzung des Grundpreises von 300 auf 270 M. völlig ausgleicht.

Der Preis für Brotgetreide, Roggen und Weizen der Ernte 1916 betrug im Mittel 220 und 260 M. pro Tonne. Dazu kam in der ersten Lieferzeit eine Druschprämie von 20 M. Für die Ernte 1917 ist der Preis für Roggen um 50 M. auf 270 M. und der Preis für Weizen um 30 M. auf 290 M. erhöht worden. Dazu kommt auch eine Frühdruschprämie, die mit 60 M. beginnt und bis auf 20 M. fällt.

Eine einfache Rechnung ergibt, daß sonach als Resultat des Preisausgleichs lediglich eine starke Erhöhung der Preise für Brotgetreide eingetreten ist, für das jetzt in der Hauptlieferzeit ebenso wie für Hafer und Gerste im Durchschnitt 300 M. pro Tonne gezahlt werden muß.

Dem die Frühdruschprämie ist weiter nichts als eine verschleierte Preiserhöhung. Ihre Berechtigung wird begründet mit den wirtschaftlichen Nachteilen, die den Landwirten durch den Frühdrusch erwachsen können. Wer diese Begründung schon sonst wenig stichhaltig, da große Vortriebe meist ihr Getreide auf dem Felde ausbreiten, um Fuhren und Lagerung zu ersparen, so ist sie in diesem Jahre im Hinblick auf die vom Kriegssamt für den Frühdrusch getroffenen Maßnahmen vollends hinfällig.

In diesem Jahre haben die vom Kriegssamt für die einzelnen Landkreise unter Vorsitz des Landrats eingerichteten Kriegswirtschaftsstellen den Landwirten, die Frühdrusch durchführen wollten, militärische Druschkommandos von je 10 Mann mit den erforderlichen Werkzeugen zur Verfügung gestellt, und zwar zu so günstigen Bedingungen, daß diese

# Der Weizenkönig.

Von Otto Rung.

Einer von diesen Männern sind Sie; Sie, der Sie Ihre Hand auf das Kostbarste und Notwendigste von allem gelegt haben: auf das Brot! Und darum wollte ich gerade Ihnen eine so recht lebendige Vorstellung dessen geben, was es heißen will, von Ihnen gelenkt zu werden. — Denken Sie sich, Sie selbst sähen auf meinem Platz am Steuer und hätten die gesamte Menschheit mit an Bord. Betrachten Sie die Straße hier vor sich als eine Schwankungstabelle, als ein Schema, auf das unser Kurs seine graphischen Kurven zeichnet. So wie ich Sie nun von Seite zu Seite schleudere, in rasender Hast, in schlingendem Bahnhofs eine sinnlose Bahn dahinsausend, — so haben Sie uns geführt, durch Krisen und Ruin, der Teuerung und dem Mangel entgegen. Verleben Sie dasselbe zu empfinden, was wir, die unterdrückten und abhängigen Millionen, bei Ihrem Spiel mit unserm Leben und unserer Wohlfahrt, bei all Ihrem Jodeln und Schwindeln, dessen Ansatz unser Wohl und Behe war, empfunden haben. Wie Sie mit unserem Schicksal, so spiele ich jetzt mit dem Ihrigen, das der Zufall einige Minuten lang in meine Hand gelegt hat. Aber ein Unterschied besteht doch: So oft ich Sie einer Krise entgegenführe — wie eben nun, passen Sie auf! — so haben Sie doch eine Chance, heiler Haut davonzukommen — wie gerade jetzt auch! Aber jedes Ihrer Manöver, ob günstig, ob ungünstig für ihre privaten Pläne, zerstückt mit unfehlbarer Gewisheit Tausende von Existenzen — wenn nicht im Süden, so im Norden, im Ost oder West. Nehmen Sie sich nun in acht! Sehen Sie, die Straße steigt an, führt in scharfen Serpentin über die Höhen. Jetzt werden Sie die Erschütterung des Marktes zu spüren bekommen. Halten Sie Ihre Nerven stramm!

„Sie irren sich vollständig!“ schrie der Börsemakler. „Sie überschätzen unablässig meinen Einfluß. Ich selbst muß mit dem Zufall, mit der blinden Willkür da draußen rechnen. Auch ich laufe mein Risiko!“

„Gut!“ nickte der Chauffeur. „Ich teile hier mein Risiko mit Ihnen. Mit der blinden Willkür rechne auch ich. Denn ich bin als Wagenführer durchaus nicht so sicher wie sie als Kaufmann. Mein persönliches Risiko ist folglich weit größer als das Ihrige bei Ihren geschäftlichen Operationen. Sehen Sie den Kreuzweg dort drüben? Dorthin müssen wir im scharfen rechten Winkel.“

Aber Gottkins wachte, daß eben bei jenem Kreuzweg die

Polizeipatrouille lauerte, und er erhob sich daher und begann beide Arme zu schwenken. Wie ein grauer Streifen raste das Land an ihnen vorbei. Es sah den Zeiger der Kontrolluhr an seinem Ellbogen auf 140 Kilometer vorrücken, sah in einem Blitz vier Polizisten mit ausgebreiteten Armen am Straßenrande stehen, und er brüllte durch das Rohr seines Mikrophons: „Nord! Ueberfall! Banditen!“ und sah die Polizisten mit geballten Fäusten hinter ihnen her drohen. Der Chauffeur lachte belustigt.

„Jetzt kriegen Sie noch obendrein eine hohe Geldstrafe diktirt für Ihr Schnellfahren und weil Sie nicht anhielten. Da sehen Sie selbst, wie schlecht Ihr System klappt. Die staatliche Gewalt, die von Ihrer Klasse dazu bestimmt wurde, Ihre Interessen zu schützen, wirkt hier, wo Sie sich in bitaler Gefahr befinden gerade entgegengesetzt und belegt Sie noch mit Geldstrafen. Nein! Alles beruht auf den nackten Handlungen des Menschen. Der Mensch selbst trägt die Verantwortung, nicht das System. Geben Sie nun acht auf diese Kurve! Well, wir haben sie mit Einbuße des hinteren Wagenchirms knapp passiert.“

Abermals ging es bergab, der Talenge zu, wo die markierte Linie der Indianapolis—Chicago-Route lief, ein hier und da von Landstraßen durchschnitten, schmaler, grauer Streif.

„Wo zum Teufel geht das hin?“ schrie Gottkins. „Haben Sie die Absicht, mich nach Alondyle zu führen?“

„Vor drei Monaten,“ versetzte der andere, „begegneten Sie und Wilson einander zum ersten Male auf der Chicagoer Börse und Ihre Interessen kreuzten sich. Diese Kreuzung an einem sehr heikeln Schnittpunkt verursachte schlimme Empfindungen in allen Weltgegenden: in Roabit, in Whitechapel, in den Hungerdistrikten Nordhindustans, in Irlands mageren Nachtstritten, in den russischen Gouvernements. Damals sah nitt Ihr Weg bloß den Wilsons: dem Zusammenstoß entgingen Sie; nur die Welt bebte davon. Sehen Sie dies kleine Dampfvolkchen dort draußen zwischen den Hügeln? Sie wissen, es ist der mit Weizen besetzte Zug aus Indianapolis, der heute seinen eigenen gestrigen Fahrtreifer schlägt, um Ihre Magazine zu versehen. Sie können sich sicherlich leicht vorstellen, dieser schraubende eiserne Dampfdrache mit seinem von goldenem Weizen strogenden Bauch sei Wilson, der Erbsend, der Sie treffen will. Gottkins versa Wilson! Full speed now! Sehen Sie, wie unser Weg zweitausend Kilometer von hier—eine Wehr schneidet? Glauben Sie, daß wir den kritischen Punkt vor ihm erreichen? Wollen sehen! Ihre elastischen Nerven gegen seine brüllende Eisenkraft! Sie werden verspüren, was wir verspürten, als wir

auf Ihrer Fahrt die verlaufenen Passagiere waren. Aber wohlgeerntet! Wilson schleppt zweiundzwanzig mit Weizen vollgepackte, gepanzerte Waggons hinter sich her. Ihre Chancen, zu entkommen, sind demnach um das Zweifundzwanzigfache verringert!“

Gottkins kammerte sich an den Rand des Automobils, das schlingernd, wie im Seeegang, der Bahnüberführung zutaumelte, die keine Stütze hatte. Er fühlte sich abwechselnd fieberheiß und eiskalt und von Todesangst vollständig gelähmt. Jawohl, nun hieß es sterben, vernichtet, zermalmt werden unter Tausenden Tons von frachenden Eisenmassen, ausgelächelt werden zu Atomen — sterben...! Die Telegraphenstangen wuchsen wie durch Zauberpfus aus dem Erdboden auf. Er sah die Kohlschwarze Maschine die Bahnlinie herabstürzen, den massiven Eisenkörper hinter sich herziehend, in schneeweißen Dampf gehüllt, sah sie dahersausen wie ein Projektil, mit wachsendem Donnergetöse, näher — näher. Und dort war der Schnittpunkt — die Kreuzungsstelle der Linien — näher — näher — alles fuhr auf ihn los, dieser einherfahrende Bahnzug, dieser Kreis funkelnder Metallstangen und die unter ihm fliehende Straße. Näher — näher! Wie einen dunkeln viereckigen Balken führte der Waggzug sein Widerhaupt über die singenden Schienen dahin — Jetzt! Er sah die Front der Maschine gleich einem ungeheuren Eisenrumpf über sich ragen, ohrenbetäubendes Krachen sprang ihm entgegen, ein brüßlicher Regen peitschte über sein Gesicht und er fühlte sich begraben in einer schleimigen Wolke brüllenden Dampfes, in der er taumelnd versank.

Aber das Getöse ging hinter seinem Rücken hinweg — einen knappen Meter hinter ihm. Sie waren entkommen. Gottkins hing wie ein schlappes Fettenbündel in dem schaukelnden Wagen. Seine Knochen schienen von der fürchterlichen Erschütterung wie auseinandergeprengt und klapperten wie in einem Sack. Aber er war wie durch ein Wunder gerettet — gerettet — außer Gefahr. Da draußen verschwand der Zug in einem Tunnel gleich einer Ratter, die sich in ihre Höhle schlängelt.

„Sie sehen, sagte der Wagenführer, daß wir Wilsons Bahn glücklich gekreuzt haben, wofür Sie allerdings nicht mit allein danken müssen. Wir gehen indessen weiter, sowie Sie selbst weitergehen, nachdem Sie Wilson passiert hatten.“

„Stop!“ schrie Gottkins. „Haben Sie noch nicht genug? Ich erbeuge mich, aber lassen Sie mich fort. Lassen Sie mich absteigen. Ich stiftete 100 000 Dollar für philanthropische Zwecke.“

Schluß folgt.

Arbeit viel billiger als in der Friedenszeit durchgeführt wurde.

Die Landwirte haben für diese militärische Arbeitshilfe an die Kriegswirtschaftsstelle pro ausgedroschene Tonne Getreide 4 M. zu zahlen. Das dürfte pro Soldat einen Tagelohn von 2 bis 2,50 M. ergeben. Das ist alles, was der Landwirt zu leisten hat. Allerdings hat er die Mannschaften auch zu verpflegen; dafür erhält er aber von der Militärverwaltung 2 M. pro Tag für den Mann, was im Hinblick darauf, daß die Verpflegung vornehmlich mit den Erzeugnissen der eigenen Wirtschaft durchgeführt wird, nicht zu wenig ist. Lebensmittel, die zugekauft werden müssen, stellt zudem die Militärverwaltung noch zu folgenden billigen Preisen zur Verfügung: Bohnen für 97 Pf. pro Kilo; Rüdels 75 Pf., Grieß 48 Pf., Graupen 52 Pf., Grütze 52 Pf., selbst Bohnenkaffee wird für 8,03 M. pro Kilo und Zucker für 67 Pf. pro Kilo geliefert.

Für Benutzung der Militärpferde hat der Landwirt sage und schreibe 1 M. pro Tag zu zahlen, das Futter erhält er von der Militärverwaltung umsonst.

Hält man noch dazu, daß den Landwirten mehrere Hunderttausende Gefangene zur Verfügung stehen, die sie nur mit 30 Pf. Tagelohn pro Mann bezahlen und für Verpflegung 60 Pf. pro Tag und Mann noch erhalten, dann kann man recht würdigen, wie wenig berechtigt die gewaltige Preiserhöhung für Brotgetreide ist und wie insbesondere die hohe Frühdruschprämie jeder Berechtigung entbehrt.

Viele Hundert Millionen Mark werden so durch diese Preissteigerungs-, Prämien- und Liebesgabenpolitik den Großgrundbesitzern, die ja vornehmlich für die Lieferung von Getreide in Frage kommen, erneut in die Taschen gejagt. Das deutsche Volk muß die Kosten dieser verderblichen Preispolitik mit der demnächst eintretenden Erhöhung des Brotpreises bezahlen.

Dazu kommt, daß in diesem Jahre trotz der sehr guten Ernte, die in Aussicht steht, die Kartoffeln im Preise derart gestiegen sind, daß die Verbraucher, da auch der Reichszuschuß fortfällt, fast doppelt so viel als im Vorjahre zahlen müssen. Auch hier übt die stetig steigende Tendenz in der Preisgestaltung, die den Erzeugerpreis von 1,50 bis 1,80 M. pro Zentner im Frieden bis auf 5 bis 6 M. für die Ernte 1917 getrieben hat, ihre verhängnisvolle Wirkung aus.

Auch die Preise auf dem Obst- und Gemüsemarkt bewegen sich fortgesetzt in steigender Richtung und haben zum Teil so wunderliche Höhe erreicht, daß sie zusammen mit den geradezu skandalösen Unzulänglichkeiten der Verpflegung eine zunehmende Erbitterung in den weitesten Volkskreisen auslösen.

Immer bitterer wirkt sich die Frage aus: Wie lange soll diese Preispolitik, die sich unter dem Druck der gewinnfüchtigen Erzeuger- und Händlerkreise in einer fortgesetzten Steigerung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel erschöpft, fortgesetzt werden?

Wie lange soll diese Schraube ohne Ende noch angezogen werden, die dem Volke das Mark aus den Knochen preßt und so seine Widerstandskraft auf das schwerste gefährdet?

Weiteste Kreise des Volkes, insbesondere die Festbesoldeten, die Kriegerfamilien, Kriegerwitwen und nicht zuletzt die mit krieglichen Renten abgefundenen Kriegsinvaliden leiden unsäglich unter diesen Preistreibern.

Hat die Regierung nicht mehr die Kraft, dem gewinnfüchtigen Treiben jener Preistreiber, die sich merkwürdigerweise meist auch unter den lautesten Schreibern gegen einen Verständigungsfrieden befinden, den erforderlichen Widerstand entgegenzusetzen, nun, vielleicht ist es dann geboten, eine Vaterlandspartei der Ausgeplünderten und Verwunderten zu gründen, die ihr hilft, jenen Kreisen das Handwerk zu legen, deren ganzes Sinnen darauf gerichtet ist, aus der Kriegsnot des Volkes für sich Gold zu münzen.

## Groß-Berlin

### Mehr Rücksicht auf Kranke

fordert ein „Notkreuz“, den eine Kriegserkrankte und langjährige Leserin unseres Blattes uns zusendet. Da sie an einer vorgeschrittenen Lungentuberkulose leidet, so bedeutet es für sie eine große Anstrengung, ihre Einkäufe zu machen. Ueberall heißt, sich anstellen und oft vielleicht stundenlang stehen, um sich die notwendigen Lebensmittel zu verschaffen. Die Einkäuferin ist besonders sehr elend, weil sie vor kurzem wiederholt Lungenbluten gehabt hat, und es ist ihr nicht möglich, lange zu stehen. Bei den am Vormittag zu besorgenden Einkäufen kann sie sich nicht von ihren beiden Kindern unterstützen lassen, da sie schulpflichtig sind. Aber wird denn nicht den Kranken eine Bescheinigung gegeben, die ihnen bei Einkäufen den Vortritt vor den Gesunden sichert? Ja, das war einmal! Schon mit dem 1. Mai dieses Jahres hat das aufgehört, und nur für schwangere Frauen der letzten drei Monate werden seitdem noch Vorzugsbewilligungen bewilligt. Mit Recht sagt die Einkäuferin: „Wir Kranken haben auch ein Recht zu leben; wir wollen auch essen und sind der Rücksicht ebenso bedürftig.“ Sie regt an, daß die Berliner Verträge zu der von ihr geschilderten Notlage vieler Kranken Stellung nehmen möchten.

### Keine Erhöhung der Viehpreise.

Es treten immer wieder Gerüchte auf, wonach mit einer Erhöhung der Schweinepreise über den Höchstpreis der Verordnung vom 5. April hinaus oder mit einer Erhöhung der Rinderpreise für besonders fette Rinder gerechnet werden könnte. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß nach der Entscheidung des Kriegsernährungsamts Rostfütter in Form von Hater, Gerste oder Gemenge an Schweine zu verfüttern verboten ist und daß auch für Schlachtrinder eine Rast mit Körnerfütterung nicht in Frage kommt. Dennoch kann mit zulässigen Mitteln nach Aufhören der Weide die Erzielung sogenannter Fettträger mit besonders hohen Gewichten nicht mehr erreicht werden. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß die Viehpreise für besonders fette Tiere nach oben erhöht werden. Die Rinderpreise sollen weder nach oben noch nach unten geändert werden; die Schweinepreise liegen bis 30. November nach der Verordnung vom 15. September fest, und zwar mit einem einheitlichen Höchstpreis, der die obere Grenze für alle Gewichtsklassen bildet. Ihre Erhöhung kommt auch Ablauf dieser Zeit nicht in Frage.

### Weitere Senkung des Kartoffelpreises.

Die Brandenburgische Provinzialkartoffelstelle in Potsdam hat, nachdem jetzt die Senkung der Kartoffelpreise unter 6 M. in fast allen anderen Provinzen und den beiden Mecklenburg erfolgt ist, den Erzeugerhöchstpreis für Speisefertkartoffeln vom 1. Oktober ab auf 5,50 M. für den Zentner festgesetzt. Die Schnellgleitsprämie von 50 Pf. für den Zentner bleibt bestehen.

### Vorzeitige Kartoffelabnahme.

Der Magistrat Berlin veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach der auch in den folgenden Wochen vom 8. bis 21. Oktober je sieben

Pfund Kartoffeln auf die Kartoffelkarte entnommen werden dürfen. Die Wochenmenge für die Zeit bis zum 8. Oktober wird bis zum 1. Oktober an die Kleinhändler geliefert sein und muß dort unverzüglich abgefordert werden. Die für die Woche vom 8. bis 14. Oktober bestimmten Kartoffeln sind in der folgenden Woche ebenfalls vom Kleinhändler abzunehmen. Es wird ferner dringend empfohlen, auch die für die Woche vom 15. bis 21. Oktober bestimmten Kartoffeln in der kommenden Woche ebenfalls nach Möglichkeit vom Kleinhändler abzunehmen, da andernfalls, insbesondere bei frühzeitigem Frost keine Gewähr dafür übernommen wird, daß ohne Voranmeldung der laufende Bedarf dann rechtzeitig geliefert werden kann.

### Verteilung von Auslandskäse.

Die Zettelle Grob-Berlin bringt in der Woche vom Montag, den 1. bis Sonntag, den 7. Oktober, in den sechs Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neutölln und Lichtenberg auf den Kopf der Bevölkerung 140 Gramm Auslandskäse zum Preise von 1 M. zur Verteilung. Eine quartierweise Verteilung findet diesmal ausnahmsweise, da ausreichende Mengen zur Verfügung stehen, nicht statt. Der Käse ist erhältlich bei denjenigen Lieferanten, bei denen die Eintragung in die Butterhändlerliste erfolgt ist, gegen Abgabe des Abschnitts 115 der Berliner Lebensmittelkarte. In den fünf Nachbargemeinden wird der entsprechende Abschnitt der Lebensmittelkarte noch öffentlich bekanntgegeben. Wer in die Kundenliste eines Berliner Geschäfts eingetragen, ohne im Besitz einer Berliner Lebensmittelkarte zu sein, jedoch im Besitz einer von den fünf übrigen Stadtgemeinden ausgegebenen Lebensmittelkarte ist, erhält den Auslandskäse gegen Abgabe der folgenden Abschnitte: Charlottenburg: Abschnitt 142 der roten Lebensmittelkarte, Schöneberg: Bezugs- und Empfangsabschnitt 68 der Röhrenkarte, Neutölln: Abschnitt 59 der Lebensmittelkarte, Lichtenberg: Abschnitt 111 der Lebensmittelkarte, Wilmersdorf: Abschnitt U der Bezugskarte für Einzelpersonen, IV Ausgabe grün.

Einwohner der Stadt Berlin, die in die Kundenliste eines im Landkreise Teltow gelegenen Geschäfts eingetragen sind, erhalten die 140 Gramm Auslandskäse gegen Abgabe des Abschnitts 115 der Berliner Lebensmittelkarte und gegen Vorzeigung der Grob-Berliner Speisefertkarte in den Berliner Filialen der Firmen: Reichelt, Gebr. Grob, Gebr. Manns, G. V. Wallentin Nachf., Wallentin u. Co., J. F. Ahmann, Vereinigte Pommerische Meiereien.

In Berliner Geschäften eingetragene Einwohner der 25 Landgemeinden des Kreises Teltow, die der Zettelle Grob-Berlin angeschlossen sind, sind vom Bezug des Käses in Berlin ausgeschlossen.

### Die Höchstpreise gelten auch für die Schwerindustrie.

Widlich ist die Meinung verbreitet, daß die erlassenen Höchstpreise nicht für die Einkäufe der Rüstungsindustrie und der Schwerindustrie Geltung hätten. Besonders machen Einkäufer, die unter Ueberschreitung der Höchstpreise Waren an die Schwerindustrie abzugeben beabsichtigen, im Falle ihrer Strafverfolgung diesen Grund geltend. Diese Ansicht ist, soweit nicht etwa besondere Ausnahmestimmungen im Einzelfall getroffen sind, durchaus irrig. Die reichsgerichtlichen Höchstpreise sowie Höchstpreise, die z. B. von Seiten der Gemeinden auf Grund des Höchstpreisgesetzes erlassen sind, gelten ausnahmslos für alle Verkäufe und Einkäufe, also auch für die Einkäufe der Schwerindustrie.

Von den Arbeitern dieser Betriebe erwarten wir, daß sie alle Höchstpreisüberschreitungen energisch bekämpfen.

**Einschränkung des Betriebs der Badeanstalten.** Vom 1. Oktober ab, während der Dauer des Krieges, werden sämtliche Badeanstalten Berlin und der Vororte nur noch vier Tage in der Woche geöffnet, und zwar Montag, Mittwoch, Freitag von 1-8 Uhr und Sonnabend von vormittags 10 bis abends 9 Uhr. Dienstag, Donnerstag und Sonntag sowie an sämtlichen Feiertagen bleiben die Anstalten geschlossen. Ferner kann Badewäsche an das Privatpublikum vom 1. Oktober ab nicht mehr verabreicht werden, so daß jeder, der ein Bad nehmen will, gezwungen ist, sich mit Wäsche zu versehen.

**Bürgerliche Kleider für entlassene Krieger.** Vom Berliner Magistrat wird uns geschrieben: Die durch Bekanntmachung der Reichsbeihilfungsstelle vom 23. Juli d. J. vorgeschriebene Verabreichung von bürgerlicher Kleidung an bedürftige, aus dem Heere und der Marine entlassene Krieger, die in Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf und in den Kreisen Teltow und Niederbarnim wohnen, beginnt am 1. Oktober d. J. Die Verabreichung erfolgt in der Kleiderverwertungsstelle des Wirtschaftsbezirks Grob-Berlin, Kommandantenstr. 80/81, werktäglich von 9-6 Uhr. Als Ausweis für die Bedürftigkeit ist von denen, deren Familie Kriegsunterstützung erhalten oder erhalten haben, der Unterstützungsbogen vorzulegen. Außerdem ist die Beibringung des Verzugsscheines erforderlich.

**Bedürftige Weber und Stuhlarbeiter.** Der Magistrat Berlin teilt mit: Aus der unter der Verwaltung der Städtischen Deputation stehenden Johann-Jakob-Zettler-Stiftung sollen einmalige Unterstützungen im Betrage von wenigstens 30 M. an solche Weber und Stuhlarbeiter (d. h. Weber, Wirker, Raschmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirker und auch andere Handwerker, Meister und Gelellen) vergeben werden, welche zwar der öffentlichen Armenpflege noch nicht anheimgefallen sind, aber sich in Geldverlegenheit, namentlich was die Zahlung der Wohnungsmiete betrifft, befinden. Bewerber müssen sich seit mindestens zwei Jahren in Berlin niedergelassen haben; hauptsächlich sollen diejenigen berücksichtigt werden, welche mehr als 4 Kinder unter 14 Jahren haben. Gesuche mit Angaben über die Dauer des Aufenthalts in Berlin und über die Zahl der am Leben befindlichen Kinder unter 14 Jahren sind innerhalb 14 Tagen an die Städtische Deputation, Strolacher Straße 56 II, zu richten.

**Linienumstellungen bei der Straßenbahn.** Die wegen Gleichschaltung der Arbeiten auf der Kreuzung der Neuen und Alten Schönhauser, der Mühl- und Brinmeister-Straße vorgesehene Umleitung der durch die Straßenbahn verkehrenden Linien findet nicht in der Nacht zum 2. Oktober, wie vor kurzem berichtet, statt, sondern erst für die Nacht zum 9. Oktober von 12 Uhr ab erforderlich.

**Der Stadtverordnete Gwald** ist, wie eine Lokalkorrespondenz meldet, aus der sozialdemokratischen Fraktion des Rathauses ausgetreten und hat sich als Hospitant der Fraktion der U. S. P. angeschlossen.

**Jurk's Busch.** Am Sonntag, wie üblich, 2 Vorstellungen: nachmittags 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr und abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Zur Nachmittagsvorstellung ein Kind frei! Weitere Kinder halbe Preise. In beiden Vorstellungen wird das volle, unterkürzte Programm gegeben mit der famosen Pantomime „Die 3 Pierrots“ als Schluß.

**Mozart-Saal.** Die Uraufführung des im Auftrag von Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge hergestellten Kulturfilms „Mutter“ findet als Wohltätigkeits-Vorführung Sonntag, den 7. Oktober, mittags 12 Uhr, im Mozart-Saal statt.

**Tägliches Straßenbahnunfall.** In der Nacht zu Sonnabend stieß an der Ecke der Voragener und Wilmersdorfer Straße ein Straßenbahnwagen mit einem Wägelwagen zusammen. Der Zug fuhr von hinten auf den Wägelwagen auf, und zwar mit solcher Gewalt, daß der Kutscher des Wagens vom Vord stürzte und einen Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er bald darauf verstarb. Angehlich soll die Bremse des Straßenbahnwagens nicht in Ordnung gewesen sein.

**Charlottenburg, Kartoffelverteilung.** In der kommenden Woche dürfen auf die 14 Abschnitte 75a bis 75g der grünen Kartoffelkarte je 1/2 Pfund Kartoffeln, zusammen also höchstens sieben Pfund Kartoffeln, entnommen werden. Auf die den Haushaltungen zugewiesene gelbe Kartoffel-Sonderkarte dürfen bis auf weiteres Kartoffeln nicht abgegeben werden. Die Benutzung der Karte, die für Schaffung eines eisernen Bestandes bestimmt ist, darf nur nach vorheriger Bekanntmachung erfolgen.

**Neutölln, Gewährung von Kriegswochenhilfe in Neutölln.** Die Zahlung der ersten fällig werdenden Betrages der Kriegswochenhilfe erleidet vielfach dadurch eine unnötige und unliebsame Verzögerung, daß die Anträge erst geraume Zeit nach erfolgter Einbindung von den Wöchnerinnen gestellt werden. Um die rechtzeitige Zahlung der Wochenhilfe an die Anspruchsberechtigten zweckentsprechend in jedem Falle sicherzustellen, ist es nötig, sich möglichst frühzeitig Gewißheit darüber zu verschaffen, ob nach den bestehenden Grundfragen ein Anspruch auf Kriegswochenhilfe besteht und wo dieser gegebenenfalls geltend zu machen ist. Zu diesem Zwecke sind die Krankenpflegerinnen sowie Arbeitsbescheinigungen des Mannes der letzten zwölf Monate vor der Einbindung zum Seeresdienst und, falls vorhanden, auch die der Frau im Zimmer 541 des alten Rathauses, 2 Treppen, etwa zwei Monate vor der zu erwartenden Einbindung vorzulegen. Es wird noch darauf hingewiesen, daß durch Bundesratsverordnung auch den Frauen der zum Vaterländischen Dienst einberufenen unter gewissen Voraussetzungen das Recht auf Kriegswochenhilfe eingeräumt wird. Die obige Dienststelle gibt auch über alle sonstigen Fragen in Angelegenheiten der Kriegswochenhilfe bereitwillig Auskunft.

**Kartoffelverteilung.** Für die beiden Wochen vom 1. bis 7. und 8. bis 14. Oktober werden auf die Abschnitte 75a bis 75g und 76a bis 76g der neuen Kartoffelkarte, zusammen also auf die beiden Wochenabschnitte, 14 Pfund Kartoffeln zur Verteilung kommen. Die Abgabe für beide Wochen darf bereits von Montag ab erfolgen. Der Magistrat teilt ferner mit, daß trotz der großen Kartoffelüberlieferung einzelne Kartoffelknechtler nicht im Besitz der Kartoffeln waren, welche zur Befriedigung ihrer Rundschaft auf Grund der Kartoffelkundenliste notwendig waren. Die Kartoffelgroßhändler beklagen sich darüber, daß die Kartoffelknechtler ihnen in der Abnahme der Kartoffeln Schwierigkeiten bereiten und lieber die Rundschaft im Stiche lassen, ehe sie einen angemessenen Kartoffelvorrat bereithalten. Gegen Händler, welchen nachgewiesen wird, daß sie durch ihr Verschulden ihre Kunden nicht bedienen können, wird rücksichtslos mit der Entziehung der Kartoffelbefreiung vorgegangen werden. Versäumt ein Großhändler seine Lieferungsverpflichtung, so ist im Rathause, Zimmer 142, von dem betreffenden Kleinhändler sofort Anzeige zu erstatten.

Durch amtliche Bekanntmachung wird darauf hingewiesen, daß vom 1. Oktober ab für einzelne Brotkommissionsbezirke mit der Winterlieferung begonnen wird. Zum Besuche der Kartoffeln sind diejenigen Einwohner berechtigt, welche in den ausgeteilten Haushalten die Abholung der Kartoffeln von den Verteilungsstellen angemeldet haben. Die Abholung ist unter Vorlegung der ausgegebenen Bezugscheine zu bewirken. Der Verkaufspreis im Großbezuge ist auf 9 M. je Zentner festgesetzt und abgesehen von den zugestandenen Ausnahmen für die Kriegserfrauen bei der Empfangnahme der Kartoffeln sofort zu entrichten. Die zugeleitete Menge von 1 Zentner pro Kopf wird voraussichtlich auf den Zeitraum vom 24. Dezember bis 23. Februar 1918 festgesetzt werden. Es ist darauf Bedacht genommen worden, daß zunächst winterharte Paperkartoffeln zur Verabreichung gelangen. Wenn die Kartoffeln in Einzelfällen nicht voll lagerfähig sein sollten, empfiehlt es sich dennoch, sie abzunehmen und die bei der weiteren Kartoffelbefreiung bis zum 23. Dezember d. J. im Kleinverkauf erworbenen für die Lagerung besser geeigneten Kartoffeln aufzubewahren und zunächst die im Großbezuge erworbenen Kartoffeln zu verbrauchen. Da die Verteilungsstellen so lange offen gehalten werden, bis alle Anmeldungen befriedigt sind, kann ein unnötiges Warten an diesen Stellen vermieden werden.

**Kreis Niederbarnim, Neuanmeldung zum Speisefettbezug.** Vom 2. bis 5. Oktober wird eine Neuanmeldung zur Kundenliste für den Speisefettbezug vorgenommen. Die Lieferung mit Speisefett nach der Neuanmeldung beginnt Montag, den 15. Oktober. Bis dahin erfolgt die Lieferung der Verbraucher an der Stelle, an der sie bisher in der Kundenliste eingetragen waren.

**Pankow, Aus der Gemeindevertretung.** In der letzten Sitzung wurde zunächst die Einführung des an Stelle des neuen Bürgermeisters Stawig gewählten besoldeten Gemeindefürsors Dr. Ellger beschlossen. Aus seiner längeren Entlassung ist beachtenswert, daß Herr Dr. Ellger, der bisher als Rechtsanwalt wirkte, bestrebt sein will, jenen Grundfragen zum Durchbruch zu verhelfen, die dem sogenannten einfachen Mann aus dem Volke neben der Arbeit auch noch höhere Ansprüche an das Leben, vor allem auf dem Gebiete des Geistes und des Gemüts, zuerkennt. — Von einer Firma, die bereits 8000 Paar Kriegerstiefel geliefert hat, sind der Gemeinde 20000 Paar aus Prekleder gefertigte Stiefel zum Kauf angeboten. Für diesen Zweck werden 60000 M. bewilligt in der Hoffnung, daß es nicht bloß mit dem Angebot sein werden hat. Zur Mithilfe für den Gemeindevorstand bei Regelung der Brennstoffversorgung durch die Gemeinde wird eine besondere Kommission eingesetzt, in welche auch Genosse Schmidt gewählt wird. — Dem Gemeindevorstand ist es gelungen, die Lieferung von bis jetzt insgesamt 17000 Raummeter Brennholz und auch Torf abzuschießen. Die Anlieferung soll nach und nach bis Februar nächsten Jahres erfolgen, und stellt sich der Abgabepreis an die Verbraucher auf etwa 50 bis 60 M. pro verkleinerten Raummeter Brennholz. Als hierzu bereitstehende Mittel werden 600000 M. angefordert und bewilligt. — Der Erhebung eines 25 prozentigen Teuerungszuschlages zum Tarife des hiesigen Elektrizitätswerkes vom 1. Oktober d. J. ab wurde zugestimmt, dagegen von einer Tarifserhöhung an sich Abstand genommen. — Die schlechte Wirtschaftlichkeit und das reichliche Verderben der gelieferten Kartoffeln werden in einer vom Gemeindevorstand durch vorgebrachten Beschlusse auf die unnötigerweise umständliche Wahnlieferung, und zwar dadurch, daß die Kartoffeln erst über die Industriebahn nach der Kreisverteilungsstelle in Hohenhagen und von dort dann wieder zurück nach Pankow geleitet werden, zurückgeführt. Die Angelegenheit soll im Kreistage zur Sprache gebracht werden. — Bürgermeister Stawig machte schließlich noch Mitteilung, daß durch reichlichen Obstkauf in Süddeutschland die Pankower Familien mit 1/2-1/3 Zentner Apfel zum Preise von etwa 45 Pf. pro Pfund würden versorgt werden können.

**Weißensee, Aus der Gemeindevertretung.** Nach einer Verfügung des Oberpräsidenten soll die Ueberwachung der Lebensmittelverteilung von einer möglichst paritätisch gewählten Kommission vorgenommen werden. Zu diesem Zwecke wurde die Kriegswirtschaftskommission gebildet, die aus den Mitgliedern der Finanzkommission, 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern besteht. Von Seiten der Arbeitnehmer wurden gewählt Andree, Kottler und Teuber. Anlässlich des Brandes der Dennigerischen Rüdelsfabrik hat das Generalkommando, ohne sich mit der Gemeindeverwaltung in Verbindung zu setzen, verschiedene Maßnahmen getroffen und verfügt, daß ein von ihm bestimmtes Feuerwehrgeschwader, bestehend aus einem Unteroffizier und 14 Mann, verpflegt und unterhalten werden soll, ferner, daß das Feuerwehrgeschwader nach einem besonderen Plan ausgearbeitet werden soll, daß weiter in 10 Munitionsfabriken eigene Feuerwehrgeschwader eingerichtet werden sollen, daß ein Doppelpatrouille dauernd zur Verfügung steht, und zum Schluß hat das Generalkommando das Siedenhaus neben der Feuerwache beschlagnahmt zur Unterbringung der Mannschaften für Wohnzwecke. Die Gemeindevertretung sah in diesen Maßnahmen einen starken Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde, zumal die Gemeinde durch Vertrag mit dem Polizeipräsidenten von Berlin auf Löschhilfe vorzugesorgt hatte, so daß für Feuerzüge keine Gefahr besteht. Dem anwesenden Brandinspektor Rathmann wurde gesagt, daß er wohl die eigentliche Triebfeder der ganzen Maßnahmen ist, deren Durchführung der Gemeinde ungeheure Kosten verursachen wird, falls der einstimmig gegen diese Maßnahmen angenommene Protest keine Wirkung ausübt. Der Brandinspektor hatte weiter nichts zu seiner Entschuldigung anzuführen, als die anwesenden Herren sollten sich alle freiwillig der Wehr zur Verfügung stellen, dann hätte er Mannschaften genug und die Maßnahmen des Generalkommandos wären vielleicht nicht getroffen worden.

Lebensmittel. In der Zeit vom 1. bis 28. Oktober können für jede Woche 7 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Mit Rücksicht auf die zurzeit reichlich eingehenden Kartoffelforderungen wird dringend empfohlen, den gesamten Bedarf für 4 Wochen sogleich zu entnehmen. Bei der Abgabe der Kartoffeln haben die Kleinhandl... für jede Wochenmenge von der Kartoffelfarte die Abschnitte a, b, c, d, e, f und g der betreffenden Woche abzutrennen. Neben der bereits freigegebenen Menge können auch auf die Abschnitte 74 h, i und k je ein Pfund abgegeben werden. Die Abgabe darf bis zum 4. n. O. erfolgen.

Auf Abschnitt 75 k der Kartoffelfarte werden in der nächsten Woche 100 Gramm Teigwaren abgegeben. Die Entnahme muß in dem Geschäft stattfinden, in welchem sich der Inhaber der Kartoffelfarte in der Zeit vom 6. bis 11. August angemeldet hat. In der Verkaufsstelle Cafeterstr. 2 (hinter der neuen Apotheke) können auf jede aufgerufene Brotkarte bis 2 Pfund Kefel a 45 Pf. entnommen werden. Als Ausweis sind die Brotkarten der 137. Woche vorzulegen. In der Verkaufsstelle Viktoriustr. 24 gelangen bis 3. Oktober auf Abschnitt 15 der aufgerufenen Eierkarten je 1 Ei a 30 Pf. zur Verteilung. Vom 4. bis 6. Oktober werden in der Verkaufsstelle Viktoriustr. 24 Salzheringe abgegeben. Gegen Vorlegung der aufgerufenen Brotkarten der 138. Woche kann auf jede Karte 1/4 Pfund Salzhering zum Preise von 30 Pf. entnommen werden. Einwickelpapier ist mitzubringen.

Treptow. Lebensmittel. In dieser Woche werden verteilt: Kartoffeln 7 Pfund auf Abschnitt 75 der Kartoffelfarte, Eier für werdende und stillende Mütter 2 Stück, Hafermehl 125 Gramm auf Abschnitt 71 der Lebensmittelkarte, Hülsenfrucht m ehl 250 Gramm auf Abschnitt 16 für Jugendliche, Kunsthonig 250 Gramm auf Abschnitt 11 für alte Leute, Haferflocken 500 Gramm für Kinder unter 2 Jahren, Zucker 875 Gramm auf Abschnitt 24 der Eierkarte. Für Kinder bis zu 6 Jahren 250 Gramm auf Auzergusafkarte. Reis ohne Karten. Petroleum 1/2 Liter auf Abschnitt A der Haushaltskarte.

Britz. Lebensmittel. In der kommenden Woche gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Abgabe auf Abschnitt 36: Griech (1/4 Pfund pro Person von 1-2000), Sago (1/4 Pfund pro Person von 2001 bis Schluss), Abschnitt 37: 1 Dose Heringe in Öl oder Kal in Öl pro Haushalt, Abschnitt 38: 1 Dose Brottauffrich (für Haushalte bis 3 Personen), 2 Dosen Brottauffrich (für Haushalte über 3 Personen), Abschnitt 39: 1 Paket Puddingpulver pro Haushalt, Abschnitt 40: Kunsthonig (1/2 Pfund pro Person), Abschnitt 41: Gemüselieferanten, Röhre, Dianbal, Fleisch-

extrakt, Würstchen usw. und auf Abschnitt 42: Sonderzuteilung. Für Kinder von 4-10 Jahren werden 50 Gramm Schokolade gegen Vorlage der Milchkarte abgegeben. Ferner werden abgegeben: Pfeffer, Salz, Gurken und Salmiak-Balsammittel.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Treptow. Vom 1. Oktober ab befindet sich unsere Expedition nicht mehr Riefholzstraße 413 im Laden, sondern vorn eine Treppe. Vertreter: Rob. Gromenz.

Die Hauptexpedition.

Spondan. Mittwoch, den 3. Oktober, abends 9 Uhr, findet im Lokale von Steinweg, Bismarckstr. 8, eine Mitglieder-versammlung des Wahlvereins (S. P. D.) statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stahl. 2. Bericht über die Sitzung der städtischen Ernährungs-Kommission. 3. Wenderung in der Expedition des "Vortwärts". 4. Abrechnung der Sammellisten. 5. Kasserung der Beiträge. 6. Verschiedenes.

## Soziales.

### Hinterbliebenenrente und Familienunterstützung.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat vor kurzem eine Eingabe an das Reichamt des Innern gerichtet, in der um Fortgewährung der Familienunterstützung an Kriegswitwen und Waisen, die noch andere Angehörige im Felde stehen haben, ersucht wird. Das Reichamt des Innern hat darauf mit einem Bescheid des Reichsanwalters geantwortet, in dem es heißt: "Es hat mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen nicht für angängig erachtet werden können, allgemein Anordnung dahin zu treffen, daß Kriegswitwen und Waisen, die noch andere Angehörige im Heeresdienst stehen haben, die Familienunterstützung für diese neben der Hinterbliebenenrente gewährt werden kann. In Anbetracht der herrschenden ungewöhnlichen Forderung ist jedoch die Zahlung der Familienunterstützung neben der Hinterbliebenenrente an Kriegswitwen für einen noch im Felde stehenden Sohn in den Fällen zugestanden worden, in denen der Sohn die Mutter bereits vor seinem Eintritt in den Heeresdienst unterstützt hat, und diese durch den Fortfall der Unterstützung nach der Einziehung des Sohnes in eine Notlage geraten ist. In allen übrigen Fällen der fraglichen Art wird daher nach wie vor die gemeindliche Kriegswitwenfürsorge in Fällen der Bedürftigkeit einzutreten haben."

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 30. September, vormittags 10 1/2 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Emil Eichhorn. Gäste willkommen. Nächste Jugendversammlung am 14. Oktober, vormittags 9 Uhr. Mittwoch, den 3. Oktober, abends 8 Uhr, bei Frau Wölfe, Seebastianstr. 39: Mitglieder-Versammlung. Mitgliederkarte ist vorzuliegen.

## Briefkasten der Redaktion.

S. T. Nr. 20. 1. Nach 5 Jahren, wenn nicht inzwischen eine Veränderung in Ihren Vermögensverhältnissen eingetreten ist, 2. War für Sie. Ist aber nicht möglich, da die Heeresdienste leisten. — G. V. Wenden Sie sich sogleich an das Reichsanwaltschaftsamt. — S. C. 48. Sie hatten für den Schaden. — W. S. 66. 1. Ja. 2. Ein Anspruch besteht nicht, aus Billigkeitsgründen kann jedoch die Reichsanwaltschaft gewährt werden. — Alter Abonnent seit 1880. Sie sind ermächtigt, aber nicht verpflichtet worden, das Geld in Kriegsanleihe anzulegen. — W. M. 39. Die Mutter erbt die eine Hälfte, die Geschwister und die Geschwisterkinder die andere Hälfte, das ist der Teil, den der Vater erben würde. Falls Einigung nicht erzielt wird, muß Antrag auf Erbverteilung beim zuständigen Amtsgericht gestellt werden. — G. D. 1001. Ein Recht auf Aufhebung besteht nicht. — R. 2. Für Altersrente ist der Nachweis von 1100-2000 Beitragswochen erforderlich, je nach dem Geburtsmonat. — R. W. 32. Die Steuerpflicht beginnt, sobald Sie ein steuerbares Einkommen besitzen. — Fontana. Ja, die Eintragung in den Militärpaß. — S. D. 40. 1. Ja, sie ist berechtigt, obgleich die Wartezeit noch nicht erfüllt ist. 2. An den Rentenausschuß, Berlin, Rottmoßstr. 4. 3. Ja. — W. St. 100. 1. Da Sie noch im Heeresdienste sind, bedürfen Sie der Erlaubnis des Kommandos. 2. und 3. Ja. — J. T., Wandern 100. Ein Antrag hat wenig Aussicht auf Erfolg. — W. S. 112. Ja, sobald eine Beschneidung des Vaters über die Dauer der Arbeitsunfähigkeit beabsichtigt wird. — R. S. 28. 1, 2 und 4. Ja. 3. Nein. — Im Feld 3.252. 1. und 2. Ja. 3. An das Unterhaltungs-Bureau des früheren Wohnortes. — C. G. 55. Bei eintretender Dunkelheit muß der Hauswirt Tür und Treppen, soweit sie dem öffentlichen Verkehr dienen, beleuchten. Wachen Sie Kugel beim nächsten Polizeirevier. — P. S. 352. Ihre Eltern haben nur Anspruch auf Unterstützung, wenn Sie überwiegend für den Unterhalt gesorgt haben. Dies dürfte kaum zutreffen. — H. G. 23. Bis 17 Jahre. — J. S. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — C. R. Der Hauswirt ist bei Gefahr, Ueberdimmung, Gewitter usw. berechtigt, die Wohnung des abwesenden Mieters zu betreten. — R. S. 19. Jawohl, bis 8 Uhr abends. — C. W. 1894. 1. Wird aus gewissen Gründen nicht beantwortet. 2. Entbrechen etwa den Angehörigen der liberal-demokratischen Bewegung der vierziger Jahre. — Tabak. Vielleicht erhalten Sie zweckdienliche Ratskunst beim Tabakfabrikantenverband, C. Dragonerstr. 6a.

Wetternachrichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittags. Jemlich kühl, wechsig der Ober ziemlich trocken und vielfach heiter, weiter östlich der Ober sehr unruhig und vielfache Bewölkung, stellenweise etwas Regen.

## Deutscher Metallarbeiterverband

Ortsverwaltung Berlin.  
Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Kollegen gewidmet.  
Walter Bittner, Schlosser, geb. 1. 3. 98, Spittelndorf.  
Karl Fremder, Arbeiter, geb. 2. 10. 81, Niedenwalde.  
Oswald Kinne, Elektromonteur, geb. 11. 5. 81, Warschau.  
Hans König, Kernmacher, geb. 19. 7. 94, Friedrichshög.  
Alfred Krüger, Schlosser, geb. 2. 11. 81, Gasse bei Wildpark.  
Wilhelm Lessig, Kernmacher, geb. 3. 5. 86, Berlin.  
Adolf Markmann, Dreher, geb. 17. 9. 84, Berlin.  
Franz Schuler, Gärtler, geb. 31. 5. 87, Berlin.  
Willi Stielau, Schlosser, geb. 11. 7. 82, Berlin.  
Karl Vogel, Schmied, geb. 26. 1. 90, Hamburg.  
Willi Wandel, Arbeiter, geb. 7. 5. 98, Berlin.  
Alois Wodicka, Gärtler, geb. 17. 3. 84, Berlin.  
Ehre ihrem Andenken!  
182/16 Die Ortsverwaltung.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!  
Am 2. September 1917 fiel auf dem Schlachtfelde unser Genosse  
**Theodor Heidemann**  
Waldalldorf-Str. 5.  
Sozialdemokratischer Verein Berlin 2.  
Am 23. August fiel auf dem Kriegsschauplatz durch Brustschuß der Genosse, Musikant  
**Friedrich Saupe**  
Jessen.  
Sozialdemokr. Verein für Teltow-Boeskow, Bez. Zossen.  
Am 2. September fiel der Genosse  
**Franz Schuber**  
Neukölln, Berliner Straße 28.  
Sozialdemokr. Verein für Teltow-Boeskow, Bez. Neukölln.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer  
Neukölln 1.  
Am 26. September nach unfer Mitglied  
**Bruno Sachmann.**  
Die Beerdigung findet am Montag, den 1. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Reinfelder Gemeindefriedhof, Gottlieb-Dunckel-Strasse, statt.  
Eins unserer ältesten Mitglieder, der Kollege  
**Wilhelm Liepe**  
fiel Anfang September am Herzschlag.  
Ferner ist unser Mitglied  
**Rudolf Adel**  
am 23. Juli im Lazarett infolge seiner schweren Verwundung gestorben. 258/5  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

Hern von der Heimat nach 2 1/2 Jahren schweren Stämpeln des Armerungs-Soldat  
**Paul Gröschke.**  
Du warst so gut, so frei, so brav, so schlüß im Leben, im Beruf, vergiß Dich nicht, als höchste Pflicht stand Dir voran im Leben, für unser Glück nur Tag und Nacht zu streben und unsre Zukunft selber noch zu gründen; Hand's Du vorm Ziel, da mußt den Tod Du finden.  
In wehmütigem Schmerz seine untröstliche Gattin  
**Witwe Gröschke.**  
Wer ihn gekannt, weiß was ich verloren.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:  
Alfred Buse, Industriearbeiter.  
Hermann Endrejat, Geschäftsdienner.  
Willi Fiedler, Geschäftskutscher.  
Hans Gröning, Droschkenschaffner.  
Ernst Grützmaker, Fahrstuhlführer.  
Emil Labes, Geschäftsdienner.  
Karl Lichtner, Lagerarbeiter.  
Johann Mielke, Kohlenarbeiter.  
Emil Müller, Geschäftsdienner.  
Paul Obst, Expeditionsarbeiter.  
Gustav Parduhn, Geschäftsdienner.  
Karl Petzold, Geschäftsdienner.  
Fritz Rabe, Geschäftsdienner.  
Otto Rieck, Industriearbeiter.  
Max Schulz, Geschäftsdienner.  
Friedrich Tysper, Geschäftsdienner.  
Paul Utech, Fahrstuhlführer.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß meine innig geliebte Frau, unsere bergensgute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwägerin und Tante  
**Ida Deutschmann**  
geb. Fahrenwald  
an den Folgen einer schweren Operation nach achtstägigem Krankenlager und langem, still und geduldig ertragenen Leiden am Freitag, den 28. 9., früh 1 Uhr verstorben ist.  
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 3. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt. Kranzspenden dankend entgegen.  
Um stilles Beileid bittet im Namen aller Hinterbliebenen  
**Paul Deutschmann,**  
Lüdemstr. 27. 568b

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kellerarbeiter  
**August Niedergesäß**  
am 20. d. M. im Alter von 56 Jahren verstorben ist.  
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Brestträger  
**Friedrich Migge**  
am 21. d. M. im Alter von 64 Jahren verstorben ist.  
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeitskutscher  
**Karl Boehme**  
am 22. d. M. im Alter von 59 Jahren verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung.

Spezial-Arzt  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.  
Behandlung von Syphilis, Haut-, Genu-, Frauenleiden, (Spez. von Häm., Eryth.-Data-Ruven, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung, Röntg. Preise, Teilszahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Spezial-Arzt  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.  
Behandlung von Syphilis, Haut-, Genu-, Frauenleiden, (Spez. von Häm., Eryth.-Data-Ruven, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung, Röntg. Preise, Teilszahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Spezial-Arzt  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.  
Behandlung von Syphilis, Haut-, Genu-, Frauenleiden, (Spez. von Häm., Eryth.-Data-Ruven, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung, Röntg. Preise, Teilszahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Spezial-Arzt  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.  
Behandlung von Syphilis, Haut-, Genu-, Frauenleiden, (Spez. von Häm., Eryth.-Data-Ruven, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung, Röntg. Preise, Teilszahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Nach langem, arbeitsreichem Leben verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Lobgerber  
**Gustav Radel**  
im 70. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet Montag, den 1. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des alten Kasarath-Hofes, Seefstraße, aus statt.  
Um stilles Beileid bittet  
**Frau Pauline Radel**  
geb. Schulz nebst Kindern  
Berlin, Antonstr. 28.

Dankfagung.  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die schönen Kranzspenden bei der Einäscherung meines unvergesslichen Vaters, unseres lieben Vaters  
**Emil Geisler**  
lagen mir allen, insbesondere Herrin Walder-Wanasse für seine so menschlich schönen, tröstenden Worte, der Firma Solgani, den Kollegen von dort, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, den Sängern des Herrn Fechner, unsere tiefgefühlteste Dank.  
**Witwe Anna Geisler**  
geb. Raboin, nebst Kindern.

Dankfagung.  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei dem Helange meiner lieben Frau, unserer bergensguten Mutter, Großmutter und Schwiegermutter, der Gattin  
**Emilie Reimann**  
geb. Schulz,  
breche ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen tiefgefühltesten Dank aus.  
**Ferdinand Reimann,**  
Johannisthal, Varstr. 8, v. III.

Spezial-Arzt  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.  
Behandlung von Syphilis, Haut-, Genu-, Frauenleiden, (Spez. von Häm., Eryth.-Data-Ruven, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung, Röntg. Preise, Teilszahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Spezial-Arzt  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.  
Behandlung von Syphilis, Haut-, Genu-, Frauenleiden, (Spez. von Häm., Eryth.-Data-Ruven, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung, Röntg. Preise, Teilszahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Spezial-Arzt  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.  
Behandlung von Syphilis, Haut-, Genu-, Frauenleiden, (Spez. von Häm., Eryth.-Data-Ruven, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung, Röntg. Preise, Teilszahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Spezial-Arzt  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.  
Behandlung von Syphilis, Haut-, Genu-, Frauenleiden, (Spez. von Häm., Eryth.-Data-Ruven, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung, Röntg. Preise, Teilszahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Pelzwaren  
Gr. Lager  
in  
Muffen  
Hüten.  
Neuanfert.  
sehr preisw.  
**Michaelis,**  
Körachnerstr.  
Gr. Frankfurt.  
Straße 99, I. St.  
a. Straußb. Pl.  
Fernsprecher  
Königsstr. 8151.  
Sonntags geöffnet.

Spezialarzt  
Dr. med. Coleman  
für Haut-, Harn-, Frauenleiden nerv. Schwäche, Belkrankte, Ehrlich-Hata-Kuren, (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.  
Königsstr. 34-36, Stadtthf. Alexanderpl.  
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.  
Vom 1. Oktober 1917  
Königsstr. 56/57, gegenüber Rath.  
Forderungen an d. Sch. d. d. In- u. Ausl. kauf u. üben. x. kostenfrei enorg. Beiroit. in Referenz.  
Dr. Grothe, Wilmersdorf, St. 67

Spezial-Arzt  
Dr. med. Haedleke  
Harn-, Haut-, Geschlechtsld., Syphil. (Behandlungsd. 12 T.). Blutunters. Ehrlich-Hata-Kuren (Salvarsan)-K. Mod. schmerzlose Behandl. o. Berufsstörung. Mäßige Preise. Teilszahlung. Friedrichstr. 187-188a. Mohrenstr. 11-1, 3-7, Sonntags 11-1.

Moderno  
Kostüme,  
Mäntel,  
eleg. Kleider, Röcke  
aus la Stoffen, neueste Formen! 2181\*  
Ulster, Plüsch- u. Tuchmäntel  
Kostüme Kleider Mäntel Jackets Blusen! Regenmäntel!  
Dr. Wismahl - alle Größen  
Fabriklager - Verkauf an Private.  
**MICHAELIS**  
auerstr. 80, 1 Trepp  
neben Konzerthaus.

Skunks  
-Stolas, Muffen  
Marder, Nerz, Alaska, Blau- u. Weißfuchse, Pelermine, 40-200 Mk.  
Ferner Pelzmäntel, Herren-Gehel.  
pelze, Wagen-, Reisepelze. - Damen-Kostüme, Ulster, Mäntel, Herren-Garderobe sowie in Lombard gewesene Uhren, Ringe, Brillanten, silberne Taschen sehr billig.  
Leihhaus Moritzplatz 58a.

Wie ein Wunder  
beseitigt (1808)\*  
San-Rat  
Dr. Strahl's  
Hautsalbe  
jed. Hautausschlag, Flechten, Hautjucken, def. Weinschäden, Krampfadern der Frauen u. dergl. Zufsend, erfolgt per Nachnahme in Post a 2,20, 3,25, 6,50.  
Elefanten-Apothek, Berlin, Leipziger Str. 74 (am Dönhofsplatz).

Spezialarzt  
Dr. med. Wockenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.), f. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 T.). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlos. Hüllung ohne Berufsstörung. Teilszahlung. 233/6\*  
Spreenstand.: 11-1 u. 6-8.

Wanzen  
Radikal-  
Verfüggungsmittel  
1/2, Port 2,20, 1/2, 3,60 M.  
Löwen-Apoth., Hannover 18.

Haar- u. Velourhüte  
Vorverkauf Stück 38 M.  
Lindeku, Rosenthalerstr. 36.  
II. Gehgät: W. Bayerischer Platz 7, Ecke Brunnenstraße, 56. \*

Feldgraue Luche,  
Doestins und Trifels, alle Arten Futterstoffe für Militär und Zivil, Reinwand und Quarten 1 a u f e 1 g. 4502  
**Eduard Kühne,**  
Gefurt, mit 9 Zweiggelächtern, Winger 42.

Problimat-  
Pal-  
ver-  
Wirk-  
sam bei Mensch und Tier.  
M. 1,25, 3 Packg. M. 3,25  
Löwen-Apothek, Hannover

Kranzspenden  
sowie künstliche  
Blumenarrangements  
Liefer schnell und billig  
**Paul Gross,** Lindenstr. 69,  
Tel. 22pl. 7203.

Kenters Werte  
3 Bände 5 Mk. Dng-  
handlung Bornstra.

# A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse

Gr. Frankfurter Strasse

Brunnen-Strasse

Kottbuser Damm

Wilmersdorfer Strasse

## Wirtschafts-Artikel

### Steingut

Obertassen grosse Form	20 Stk.
Gewürztonnen Delftmuster	35 Pf.
Vorrats-tonnen Delftmuster	95 Pf.
Essig- od. Oelflaschen Delftmuster	95 Pf.
Salz- od. Mehl-mesten Delftmuster	1.95
Satz-töpfe Delftmuster, Satz 6 Stück	3.75
Wasserkannen mit schönen Mustern	1.45, 1.95
Waschgarnituren hübsche Muster	12.50, 17.50
Küchegarnituren schöne Muster	23.95, 26.75

### Glas

Zuckerschale schweres Pressmuster	68 Pf.
Wasserflasche mit Glas schwer. Pressmst.	1.65

Quirl-Garnitur	6 Teile	1.45
Waschbretter		1.95, 2.25, 2.75
Waschtische lackiert		8.75, 9.75
Küchenstühle	mit Sprossen	4.50, 5.25
Springform		1.45

Petroleumkannen		1.50, 2.25
Sand-Seife-Soda-Garnituren dekoriert		2.50, 3.25
Kleiderbürsten		1.75, 2.25, 2.95
Glanzbürsten		1.75, 2.25, 2.95
Brotmesser		1.25

### Emaillé

Schmortöpfe mit Bügel	2.75, 3.95, 4.50
Waschtöpfe gebauht	6.95, 7.95, 8.75
Waschtöpfe	13.25, 15.50, 18.50
Waschgarnituren dekoriert 5 Teile	16.50
Wasserkonsole mit Mass	2.45
Wasserkannen	2.95, 3.50, 4.25
Nachtgeschirre	2.45, 2.95, 3.75
Kehrbleche	1.65, 1.95
Fleisch-töpfe	4.75, 5.75, 6.95

Kasserollen mit Griffen	1.45, 1.75, 2.10
Bratpfannen mit Stiel	1.95, 2.45, 2.75
Wasserkessel	2.75, 3.25, 4.25
Waschbecken mit Seifennapf dekoriert	2.75
Sand-Seife-Soda-Garnituren	3.95
Kinderbecher dekoriert	48 Pf.
Maschinentöpfe 16 cm	1.45
Maschinentöpfe dekoriert, 13 cm	1.25
Schaffnerkannen 1 Liter	1.75
Schaffnerkannen 2 Liter	2.45

### Porzellan

Kaffeetassen mit Untertassen, grosse Form	55, 65 Pf.
Kaffeetassen mit Untertassen, Goldrand	75, 85 Pf.
Kaffeekannen konische Form mit Goldrand und Linie	70, 95, 1.25
Milchtöpfe mit Goldrand	1.15, 1.35, 1.75
Kuchenteller mit durchbrochenem Rand, Blumenmuster	58 Pf.
Obstteller mit durchbrochenem Rand, Blumenmuster	1.25
Obstschale auf Fuss mit durchbrochenem Rand, Blumenmuster	1.95
Kaffeegeschirr 5 Teile mit reicher Goldverzierung	2.75
Kaffeegeschirr 5 Teile mit Gold- oder Blumenmuster	3.65
Kaffeegeschirr 3 Teile m. verschied. Blumenmustern	6.25

### Glas

Käseglocke schweres Pressmuster	1.95
Butterdose hübsches Pressmuster	95 Pf.

## Gardinen, Teppiche u. Möbelstoffe in grosser Auswahl

**Oskar Wollburg,** Brunnenstrasse 56-57.

Neuheiten für Herbst und Winter



**Kostüme**  
aus Tuch, Kammergarn und kleidsamen Fantasie-Stoffen, feine Formen, mit und ohne Fels von M. 98.— an.

**Ulster — Mäntel**  
moderne Formen, vorzügliche Stoffe M. 40.— 68.— 97.— bis 278.—

**Plüsch-, Samt-, Breltschwanz-Paletots u. Mäntel, hochelegante Ausführungen**  
von M. 150.— an.

**Kinder- u. Backfisch-Konfektion,** entzückende Neuheiten.  
Große Auswahl in Röcken und Blusen.

**Große Abteilung für Trauer-Bekleidung.**



**Breltschwanz-Paletot**  
159.—  
Gegründet 1896.

Genossenschaftsbank des Stralauer Stadtviertels  
Kaiser-Wilhelm-Str. 10, am Neuen Markt.

### VII. Kriegs-Anleihe

auf Teilzahlungen gegen Kriegssparkassenbücher

Anzahlung 10 %. Weitere Zahlungen nach Vereinbarung. Derartige Teilzahlungsbücher sind auch beliebte Gelegenheitsgeschenke. Bargeldloser Verkehr über Scheck-Konto. An- und Verkauf von Effekten. Verzinsung von Geldern auf längere und kürzere Kündigung. Darlehen und Beleihungen. Vermietbare Tresoriächer.

**Volksbank für Berlin und die Vororte.**

Gegründet 1862.

**Zähne** mit u. ohne Platte, mit echtem Friedenskautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben. Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse. Reparaturen sofort. Zahnziehen in örtlicher Betäubung. Billige Preise, auch Teilzahlung. Teleph. Amt Nord. 10433

**D.A. Löser** Persönl. nur Rosenthalerstr. 69 am Platz v. 9-7 zu sprech. Sonnt. 10-2.

**Damenhüte** umpressen, neueste Formen. Hutfabrik Orth. Stallschreiberstr. 28. 335L\*

September von 1-3 geschlossen.

### Meine Läger

in Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen, Läuferstoffen, Tisch- und Diwanddecken usw. sind reich sortiert!

**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin-Süd.  
Seit 1882  
nur Oranienstr. 158

Mein altes Haus hat keinerlei Beziehung zu ähnlich laut. Firma

**Resterhandlung**  
Becker, Seydelstr. 1, Spittelm. Billig viele Reste Herren-, Damen- u. Futterstoffe, Seide, Sammet, Plüsch, Krimmer u. Astrachan Maßanfert. Arbeitslohn: Röcke 4-6 M., Jacken u. Mäntel 10-12 M., Anzüge 30 M. Hosen 7 M. Tadellos. Sitz garantiert, sonst kein Abnahmezwang. 53L\*

### Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Nachnahme.

- Zentrum: Albert Schmitz, Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bismarckstr. 42, an der Eisenbahnstr. Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
3. Wahlkreis: St. Frid., Prinsenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Markstr. 36. Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr. — Karl Welle, Petersburger Weg 4 (Laden). Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
4. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Kaufm. Platz 14/15. Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
5. Wahlkreis: Leo Jucht, Zimmernstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
6. Wahlkreis: (Moabit): Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
- Wedding: J. Hönisch, Müllerstr. 34, Ecke Ullricher Straße (Laden). Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
- Nordhafen und Oranienburger Vorstadt: A. Wolgast, Watzstr. 9. Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
- Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6 (Laden). Geöffnet von 11 bis 1½ und von 4½-7 Uhr.
- Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhagener Straße 22. Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
- Mierisch: Faberstein, Bismarckstraße 82.
- Mit-Glück: Falkenberg, Salzmänn, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
- Baumhauentweg: Karl Köpke, Kiehlstr. 179.
- Bernau, Köntgenal, Repernd, Schönau, Schönbrud und Buch: Heinrich Prose, Bernau, Mühlstr. 5 (Laden).
- Bohnisdorf: Dorlemann, Genossenschaftshaus "Paradies".
- Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenweier Straße 1. Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
- Eichwalde, Schmöwitz, Jentzen, Niedersdorf: Oskar Mahle, Grünauer Straße 37.
- Fredericksdorf-Petershagen: Uffenwasser, Petershagen.
- Friedenau, Steglitz, Südende: S. Bernsee, Steglitz, Kommissenstr. 59.
- Friedrichshagen, Fichtenau, Rohndorf, Schöneide, Klein-Schönebed: Ernst Bertram, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
- Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisdorf, Rudow: Max Gonschur, Varstr. 23.
- Karlshorst: Frau Sacke, Junfer-Jung-Str. 7 II.
- Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehmer: Friedrich Baumann, Lindenwalder Straße 5.
- Köpenick: Emil Wähler, Kieper Straße 6 (Laden). Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
- Lichtenberg I, Friedrichsriede, Pögnershäusern: Otto Seitel, Wartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
- Lichtenberg II, Rummelsburg, Steglitz: A. Rosenkranz, Alt-Bohagen 56. Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
- Mahlsdorf, Rausdorf, Niedersdorf: V. Heßberg, Rausdorf, Ferdinandstraße 17.
- Marienthal, Mariensiedel: August Leib, Chausseestr. 29.
- Reinickendorf: M. Heinrich, Redarstr. 2 (Laden). Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
- Reinickendorf-Gr.: Mohr, Siegfriedstr. 28/29. Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
- Nieder-Schöneweide: Wilhelm Hurrub, Brückenstr. 10, II.
- Rotensee: Carl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
- Oberschöneweide: Ida Freidant, Bismarckstr. 25, I.
- Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Franz-Buchholz, Blankenburg: Rixmann, Pankow, Mühlstr. 70.
- Reinickendorf-Gr., Wilhelmstr. und Schönholz: V. Gurtsch, Provinzstraße 56 (Laden). Geöffnet von 11-1½ und 4½-7 Uhr.
- Schönholz bei Königs-Wusterhausen: Chr. Hansche, Dorfstr. 10.
- Schöneberg: Wilhelm Baumler, Reisinger Straße 9 (Laden). Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
- Spandau, Ronnedamm: Ernst Bär, Wolfstr. 7. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
- Tegel, Vorligwalde, Wittenau, Waldmannsluf, Hermsdorf, Hohen-Reuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle und Reinickendorf-Gr.: Paul Riemann, Vorligwalde, Kaufstr. 10. Geöffnet von 11-1½ und von 4½-7 Uhr.
- Teltow: Pfeifer, Havelstr. 2.
- Tempelhof: Rud. Kiedermann, Kaiser-Wilhelm-Straße 74.
- Treptow: Rob. Gramenz, Kiehlstr. 412, vorn 1 Treppe.
- Weißensee, Reinickendorf: Guh. Rehkopt, Berliner Allee 11.
- Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.
- Josien: Fr. Ratsch, Berliner Straße 24.
- Günstliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.



